Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 925.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42 — Montag, den 19. Februar 1917. — 24. Jahrg.

Mängel in der Organisation unserer Nahrungsmittelversorgung

Von R. Schmidt.

Soviel glänzende Beispiele von persönlicher Entsagung und Opfermut, tiefer Erschütterung menschlichen Empfindens der Krieg uns bietet, so führt er uns auch in den Abgrund eines häßlichen, von Eigennutz und Gewinnsucht angestachelten wüsten Treibens. Nichts hat uns in dieser Zeit, wo so schwere Anforderungen an unser Volk gestellt werden, soviel Schaden zugefügt, wie das Drängen und Jagen nach Kriegsgewinnen, und kein Vorgang hat die Erbitterung in der Bevölkerung fortgesetzt so gesteigert, wie das Treiben auf dem Lebensmittelmarkt. Mit Zähigkeit ist hier das kapitalistische Getriebe immer wieder zum Durchbruch gekommen, auch wenn ihm die schwersten Fesseln angelegt wurden. Die freie Preisbildung, der freie Markt, das war die offene und geheime Parole, die aus dem alten Wirtschaftssystem, auch in der Kriegswirtschaft, nutzbar gemacht werden sollte. Keine Bindung der Preise, Freiheit des Handels und der Erzeuger, und ihr werdet die nötigen Nahrungsmittel erhalten! so ertönt es wieder von allen Seiten der Verteidiger der Kriegskonjunktur. Wären wir ihnen gefolgt, unsere Lebensmittelerzeugung und die Verteilung hätte längst den wirtschaftlichen Zusammenbruch erlebt; denn es ist klar, daß unsere Produktion für eine vollkommene Ernährung nicht reicht und uns nur der Rückgriff auf minderwertige Nahrungsmittel und die Einteilung der vollwertigen vor der Katastrophe bewahrte. Gewiß wir würden mit der volkswirtschaftlichen Weisheit des Herrn von Oldenburg, der in seiner burschikosen Art erklärt: „Satt werden wir alle! Wem die Lieferung nicht genügt, der kauft sich Butter oder besseren Schinken" — auch einen Erfolg haben, da wir diejenigen, die Herr von Oldenburg zu dem „Wir" rechnet, noch mehr als jetzt schon satt bekämen. Das sind die Produzenten selbst und das kaufkräftige Publikum der Großstädte; die andern könnten sehen, ob noch einige Brocken von der Herren Tische fielen. Ohne Höchstpreise und Rationierung für Brot, Fleisch, Fett, Milch und Kartoffeln hätten wir eine Preissteigerung, die um das Zwei- und Dreifache der Höchstpreise hinausginge. Damit würde eine Einteilung gesichert, die der Gesellschaftsschicht um Herrn von Oldenburg das Aushalten sicher stellt, denn der übrige Teil der Bevölkerung würde durch die Preisbildung von selbst ausgeschaltet werden.

Es ist begreiflich, daß solche Oldenburgischen Ansichten heute in den Kreisen des Besitzes vielfach Fuß fassen; spüren sie doch infolge der nötigen Preishöhe für Geflügel nie einen Mangel, es bildet vielmehr zu der Fleischration für die besitzenden Schichten eine angenehme Zugabe. Aepfel sind heute in fast beliebigen Mengen, allerdings zum Preise von 1,50 Mark bis 2,— Mk. pro Pfund zu haben; natürlich nicht mehr für die Arbeiter, nicht für die Kriegerfrauen, die von ihrer Unterstützung und ihrem Verdienst bei schwerer Arbeit sich diese Genüsse nicht leisten können. Aber diese Erfahrungen, daß Lebensmittel ohne Höchstpreise in der Regel zu haben sind, weil die große Masse bei der hohen Preislage von ihrem Bezuge ausgeschaltet wird, ermutigen die Standesgenossen des Herrn von Oldenburg und die Kriegswucherer, der Forderung dieser Art der Verteilung der Lebensmittel allgemein das Wort zu reden.

Wir können Höchstpreise, Rationierung und Beschlagnahme nicht entbehren; viel besser würde es um unsere Volksernährung stehen, wenn dieses System streng durchgeführt würde. Leider ist die Gegentendenz so stark, daß die Schranken immer wieder durchbrochen werden. Mit der größeren Knappheit der Waren und den gering bemessenen Rationen sucht sich der Handel auf Schleichwegen Luft zu schaffen. Unsere ganze Versorgung kommt damit in Gefahr, denn die Ration für diejenigen, die aus den vorhandenen Beständen ihren Anteil bekommen sollen, wird geringer und in den Händen derer, die sich hinten herum versorgen können, häufen sich Vorräte an. Die Decke unserer Nahrungsmittelversorgung wird damit immer kleiner. Wir würden bei einem strengen Erfassen der vorhandenen Bestände allgemein viel besser verfahren. Daß heute noch Bestände von Getreide, Gerste und Hafer in den Händen der Landwirtschaft sind, ist außerordentlich besorgniserregend, denn der Anreiz zur Verfütterung ist so groß, daß alle Verbote nicht ausreichen, die einzige Sicherheit wäre der Besitz dieser Bestände in den Händen der Reichsstellen, denen die Bearbeitung dieser wichtigen Nahrungsmittel übertragen ist.

Die Preisbestimmung steht gegenwärtig unter einem neuen Ansturm landwirtschaftlicher Interessentenkreise. So verlangt die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig einen gleichmäßigen Preis für alle Getreidearten von 300 Mark für die Tonne, für Rohzucker 24 Mark pro Zentner, für Kartoffel eine Erhöhung unter Berücksichtigung der Ernte oder Aufhebung der Höchstpreise, für Schlachtvieh eine Erhöhung der Preise. Die Landwirtschaftskammer für Schlesien wendet sich dagegen, daß die Viehpreise herabgesetzt werden und wünscht einen Zuckerpreis von 22,50 Mark. **Man ist drauf und dran, einen großen Vorstoß für eine Preiserhöhung vorzunehmen.** Mäßig sind die Anforderungen nicht, denn der verlangte Preis für Getreide bedeutet für Roggen 80 Mk. und für Weizen 40 Mk. Aufschlag; die Preise für Rohzucker betrugen zu Beginn des Krieges 9,50 Mk., der Aufschlag wäre hier 14,50 Mk., die Viehpreise sind nahezu um das Dreifache höher als zu Friedenszeiten, sie gelten in objektiven Kreisen der Landwirtschaft längst als viel zu hoch. Aber das sieht diejenigen in der Landwirtschaft nicht an, die leider so oft ins Maßlose mit ihren Forderungen gingen.

Das Kriegsernährungsamt hat die Preise für Hafer und Gerste etwas gesenkt, auch in Verbindung damit die Preise für Nährmittel und es ist ferner in Aussicht gestellt, daß zum Sommer die Viehpreise herabgesetzt werden. Wir wollen hoffen, daß die Versuche des Kriegsernährungsamtes, einen Ausgleich in den Preisbestimmungen der einzelnen Produkte herbeizuführen, nicht wieder aufgegeben werden und nicht etwa der Ausgleich so gesucht wird, daß die niederen Preise auf die Höchststufe heraufgesetzt werden. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind so hoch, daß unter Berücksichtigung aller Erschwernisse, unter denen die Landwirtschaft zu leiden hat, ein gutes Auskommen möglich ist. Die sozialdemokratische Partei hat jede Forderung unterstützt, zur Beschaffung von Saatgut, Futtermitteln, landwirtschaftliche Maschinen, Düngemitteln, sie hat jede Arbeitserleichterung gut geheißen; und sie glaubt am besten die Produktion mit diesen Mitteln zu fördern und hat dies auch in ihren ersten Vorschlägen im August 1914 bereits zum Ausdruck gebracht, aber sie **lehnte es mit aller Entschiedenheit ab, durch Preissteigerung den Anreiz für die Produktion zu geben, weil wir sonst in eine unhaltbare Preistreiberei kämen, die schwere allgemeine Schäden mit sich bringen.**

Die Ueberwachung der Preise läßt leider viel zu wünschen übrig. Wir haben eine Bundesratsverordnung, die die Forderung übermäßiger Preisaufschläge unter Strafe stellt. Aber die Feststellung solcher Vergehen ist sehr schwer, da der Handel vielfach die Nachforschungen darüber unmöglich macht, zu welchem Preise die Ware eingekauft ist. Zwar haben die Preisprüfungsstellen das Recht, Einsicht in die Bücher zu verlangen, aber dazu kommt es selten oder garnicht, weil der Einfluß der Vertreter der Konsumenten viel zu schwach ist, um eine energische Kontrolle gegen die Vertreter des Handels und der Stadt durchzusetzen. Geschieht es dennoch, so erklären die Händler nicht selten, sie führen keine Bücher und damit ist der Nachweis über den Einkauf unterbunden. Es handelt sich hierbei weniger um die Gewohnheiten des Kleinhandels als vielmehr auch um die des Großhandels. Wiederholt ist von unseren Vertretern verlangt worden, daß durch zwangsweise Einführung von Lieferscheinen diesem Treiben ein Ende gemacht werde. Aber der Einfluß des Handels in den Reichsstellen ist stark genug, um sich diese Kontrolle vom Halse zu halten. Das Reichswucheramt ist einfach matt gesetzt, weil ihm die Aufdeckung des Kettenhandels unmöglich wird. So haben wir heute noch den Zustand, daß die Waren aus einer Hand in die andere wandern und damit die Preistreiberei die wildesten Aufwärtsbewegungen hervorruft.

Bei der Ausgabe der Waren, die auf Lebensmittelkarten verabfolgt werden, haben wir wohl in den meisten Städten endlich erreicht, daß der übermäßige Andrang vermieden und eine gleichmäßige Zuteilung erzielt wird. Politische Rücksichtnahmen und alte Vorurteile haben es indes auch hier zuwege gebracht, daß bei der Verteilung der Waren an die Gemeinden nicht selten alle Teile des Handels, vom Großhandel bis zum letzten Kleinhändler, ihren Nutzen haben müssen. Die Folge ist, daß die Kontrolle über die Verwendung der Waren fehlt; Waren, die zu mäßigen Preisen verausgabt werden, verschwinden im Handel und gelangen an den Konsumenten zu den hohen Preisen der im freien Handel noch befindlichen Bestände. Besser steht es mit der Kontrolle derjenigen Waren, die auf Lebensmittelkarten abgegeben werden, aber auch hier verschwindet ein Teil der Waren im Schleichhandel, wenn nicht eine gute Revision stattfindet.

Einige Städte haben **eigene Verkaufsstellen** eingerichtet und damit sehr gute Resultate erzielt. Die hierdurch dem Kleinhandel zugefügten Nachteile lassen sich mildern dadurch, daß die Handeltreibenden in den Dienst der Verkaufsstellen übernommen werden. Sie werden sich dabei besser stehen als bei der Fortsetzung eines Handels, der den Umsatz sehr herabdrückt. Allgemein wird heute im Handel eine hohe Umsatzprovision verlangt, weil man bei dem viel geringeren Umsatz den gleichen Gewinn erzielen will wie im uneingeschränkten Geschäftsverkehr. Gegenwärtig gilt es vor allen, einer einfachen, sicher funktionierenden Lebensmittelverteilung im Interesse der Gesamtbevölkerung den Vorzug zu geben, der gegenüber alle Sonderinteressen zurückstehen müssen. Die Gemeindeverwaltung muß hier bessernd eingreifen.

Auf diesem Gebiete versagen leider vielfach die Gemeinden, sie scheuen die Arbeiten, wollen nicht die Interessen derjenigen verletzen, die politisch ihnen nahestehen, fürchten, es könnten sich die Einrichtungen als nützlich erweisen und nach dem Kriege ihre Aufrechterhaltung verlangt werden, man wurstelt so weiter, und bei den Reichsstellen ist es nicht besser, auch da schwört man auf die unantastbare kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Es wäre verfehlt, für unsere Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung dieses System allein verantwortlich zu machen, auch die beste Organisation versagt, weil die Produktion den Bedarf nicht decken kann, aber mancher Schaden wäre verhütet, wenn in der Lebensmittelproduktion wie in der Versorgung von großen organisatorischen Neugestaltungen nicht ein so entschiedener Widerwille vorhanden wäre; sind doch alle erfolgreichen Schöpfungen nur im Widerstreben der Kreise zustande gekommen, die am Fiasko mehr interessiert sind als an dem Erfolg der Unterernährungen. Dieser Einfluß macht sich bald lärmend, bald im stillen geltend, er verlangt zurück zu dem freien, ungebundenen kapitalistischen System; wir aber hängen uns nicht an die Aufrechterhaltung des Alten, sondern streben einer Organisation zu, die überflüssige Zwischengewinne und unnötige Vergeudung von Kräften vermeidet, um eine Lebensmittelversorgung sicher zu stellen, die vor allem vom Standpunkt des Allgemeininteresses diktiert ist.

Vom Tage.

Im Westen nahm die Kampftätigkeit in den letzten Tagen einen erhöhten Umfang an. In hartem Kampfe wurden an beiden Ancreufern heftige englische Angriffe abgeschlagen. Südlich von Ripont wurden weitere Angriffsversuche durch das deutsche Artilleriefeuer im Keime erstickt.

*

Der englische sogenannte Arbeiterminister **Henderson** redet jetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit. In einer Rede in Manchester sagte er u. a.: „Wir haben das Gefühl, daß unser großes Volk und seine tapferen Verbündeten **in den nächsten Monaten auf eine Probe gestellt sein werden wie nie zuvor**, seit die erste Schlacht in diesem Kriege geschlagen wurde. Ich teile dieses Gefühl voll und ganz. Der Minister erklärte dann, daß er noch nie so festes Vertrauen gehabt habe, daß die Alliierten ihre Feinde besiegen würden.

*

Wie Pariser Blätter schreiben, weisen die vom Finanzminister **Ribot geforderten Kredite** für das zweite Vierteljahr **gegenüber dem ersten einen Mehrbetrag von 990 960 000 Fr.** auf. Davon entfallen 690 Millionen auf militärische Ausgaben, 240 auf die Zivilverwaltung. Der Munitionsminister forderte allein einen weiteren Zuschuß von 232 Millionen.

*

Nach den vorliegenden Nachrichten läßt sich auch heute nur sagen, daß die Versuche, **Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland** in Gang zu bringen, bisher kein positives Ergebnis hatten. Nach wie vor besteht der Eindruck, daß auch in der amerikanischen Politik Bestrebungen vorhanden sind, die darauf abzielen, einen Ausweg aus der kritischen Lage zu finden. Wilsons Politik hält sich gegenwärtig offensichtlich vor aller Schroffheit zurück und vermeidet den Eindruck zu erwecken, als ob man sich in Washington über Wilsons erfolgten Abbruch der Beziehungen leichten Herzens hinwegsetzt. Es ist jedoch absolut nicht gesagt, ob in der nächsten Zeit ein günstigeres Resultat für die bisherigen Bemühungen herbeizuführen sein wird. Man möchte das bezweifeln, wenn Pariser Meldungen zutreffen, nach denen die **Rekruten-Werbung** im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten begonnen haben. Die Postämter erhalten fünf Dollar für jeden geworbenen Rekruten. Zur Anlockung sollen englische Reklame-Muster dienen.

Die „Daily News" bringen folgende Meldung aus Washington, die, wenn sie zutrifft, immerhin von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist: Das Kongreßmitglied **Mann** brachte eine Gesetzvorlage ein, nach der **alle internationalen Zwistigkeiten der europäischen Politik** zunächst einem **Schiedsgericht** vorgelegt werden müssen. Die Vorlage wurde **angenommen**, wie „Daily News" hinzufügt, von einem unvorbereiteten und schlecht besetzten Hause, das sich der Tragweite des Antrages nicht bewußt war. „Daily News" verhehlen nur schlecht ihre Bestürzung über diesen Beschluß, der dem Präsidenten Wilson in seinen Entscheidungen sehr hinderlich sein könne. Das Blatt hofft, daß der Senat der Gesetzesvorlage die Genehmigung verweigern werde.

*

Die spanische Antwortnote an Deutschland liegt jetzt vor. Sie ist sehr loyal gehalten und erhebt Protest gegen die deutschen Maßnahmen, die den anerkannten Grundsätzen des internationalen Lebens widersprächen. Nachstehender Satz aber verdient besondere Beachtung: „Wenn die deutsche Regierung, wie sie sagt, darauf vertraut, daß das spanische Volk und seine Regierung sich den Gründen für ihren Entschluß nicht verschließen würden, und hofft, daß sie ihrerseits mitwirken, weiteres Elend und weitere Opfer an Menschenleben zu verhüten, so wird sie ebenso verstehen, daß die

spanische Regierung, die bereit ist, zu einem geeigneten Zeitpunkte die Initiative zu ergreifen und ihre Stütze jeder Bestrebung zu leihen, die zu einem tagtäglich sehnsuchtsvoller herbeigewünschten Frieden führen kann, anderseits ein außergewöhnliches Kriegsrecht nicht als gesetzlich zulassen kann."

*

Ueber Vandervelde kommen eigenartige Meldungen. Das im Haag erscheinende belgische Blatt „Vry-België" meldet aus Havre, es sei nicht unwahrscheinlich, daß sich Minister Vandervelde von der Regierung zurückziehen werde. Der Anlaß hierzu liege in den zahlreichen Schwierigkeiten, die zwischen ihm und den anderen Mitgliedern der Regierung entstanden seien und die sich auf gewisse disziplinarische Maßregeln gegen eine Gruppe von Munitionsarbeitern bezögen. — Wenn diese Meldung zuträfe, dann könnte man das im Interesse Vandervoldes nur begrüßen. Schlimmer lautet aber eine andere Nachricht aus dem Haag, nach der Vandervelde plötzlich taub geworden sein soll. Wir wünschen nur aus ganzem Herzen, daß diese Meldung unzutreffend ist. Denn es wäre furchtbar für Vandervelde, wenn das zuträfe. Hoffentlich kommen bald günstigere Nachrichten.

*

Der „Avanti", das Organ der sozialdemokratischen Partei Italiens, berichtet, daß der Präsident der American Federation of Labor, Gompers, an den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, ein Telegramm gesandt hat mit der Aufforderung, auf die deutsche Regierung dahin einzuwirken, daß durch den U-Boot-Krieg nicht eine Erweiterung des Weltkonfliktes herbeigeführt wird. Die Angabe des „Avanti" ist richtig. In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1917 hat Legien das folgende Telegramm erhalten:

„Legien, Berlin. Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?"

Am 9. Februar ist die folgende Antwort auf das Telegramm an Gompers abgegangen:

„Gompers Afel Washington.

Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für den Frieden gewirkt und ist gegen jede Kriegserweiterung. Die Ablehnung des deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, die Fortsetzung des grausamen Aushungerungskrieges gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingestandene auf Deutschlands Vernichtung gerichtete Kriegsziele, haben die Verschärfung des Krieges herausgefordert. Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieges veranlaßt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeiterschaft, sich nicht als Werkzeug der Kriegshetzer gebrauchen zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern. Die internationale Arbeiterschaft muß unerschütterlich für sofortigen Frieden wirken.

Karl Legien."

Durch Rückfrage ist festgestellt, daß dieses Telegramm in den Vereinigten Staaten angekommen ist.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Wien, den 17. Februar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Seit heute morgen greift der Feind unsere Stellungen nordwestlich Horestrau an. Die Kämpfe sind im Gange.

Bei Stanislau südlich Zborow und südlich Brzezany wiesen unsere Feldwachen stärkere russische Erkundungsabteilungen ab.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach lebhafter Feuervorbereitung versuchten starke englische Erkundungsabteilungen nördlich von Armentieres und südwestlich von Lille sowie nördlich des La-Bassee-Kanals und bei Ranjard in unsere Gräben zu dringen. Sie sind teils im Nahkampf, bei dem Gefangene in unserer Hand blieben, teils durch Feuer abgewiesen worden.

Nach dem Scheitern des Angriffs südlich von Mirannont am 14. Febr. abends verstärkte der Feind die Nacht hindurch seine Artilleriewirkung und griff auf beiden Ancre-Ufern am Morgen erneut an. In dem tagsüber andauernden wechselvollen Kampfe machten wir 130 Gefangene, erbeuteten fünf Maschinengewehre und überließen dann dem Gegner unsere wiederum trichterübersäten Stellungen. Südlich von Pys wurde ein heftiger englischer Angriff zurückgeschlagen; alle Stellungen sind gehalten.

An der Oise bei Dreslincourt brachte uns ein Vorstoß 11 Gefangene ein.

Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne lagen die neuen Stellungen südlich von Ripont, auf dem Westufer der Mosel unsere Gräben im Priesterwalde unter lebhaftem Artillerie- und Minenwerfer-Beschuß; Angriffe konnten in unserem vernichtenden Feuer nicht zur Durchführung.

In der Nacht zum 17. Februar bewarf eines unserer Luftschiffe Stadt und Hafen von Boulogne ausgiebig mit Bomben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

An der Zlotipa, südwestlich von Tarnopol, brachen Sturmtrupps in die russischen Linien und führten etwa 30 Gefangene zurück.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den Bergen nördlich des Ditna-Tales hielt der Druck der Angriff ein, nachdem seine ersten Sturmwellen in unserem Abwehrfeuer zusammengebrochen waren.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Nördlich des Doiran-Sees wurde eine englische Kompagnie, die gegen unsere Posten vorging, durch Artilleriefeuer zerstreut.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 16. Februar, abends. (Amtlich.)

Besondere Ereignisse sind nicht gemeldet worden.

*

WTB. Wien, 16. Februar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern gemeldeten Kämpfe nördlich des Ditna-Tales dauern an Heftigkeit an. Der Feind wurde überall zurückgeschlagen. An der Front südlich der Karpathen vielfach stärkere Artillerietätigkeit.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Fliegertätigkeit.

WTB. Berlin, 17. Februar. (Amtlich.)

Deutsche Marineflugzeuge belegten in der Nacht vom 15. zum 16. Februar die Flugplätze von St. Pol bei Dünkirchen und Coxyde mit Bomben. Einschläge in den Gebäuden der Flugplatzanlagen wurden beobachtet. Ferner griff ein Wasserflugzeug die in den Downs liegenden Handelsschiffe mit 20 Bomben an. Sämtliche Flugzeuge sind zurückgekehrt.

Downs heißt die Reede in der Straße von Calais, der englischen Stadt Deal gegenüber.

*

Neuer Fliegerangriff auf Brügge.

Die englische Admiralität teilt mit, daß Marineflugzeuge am 14. Februar einen Angriff auf den Hafen und auf die Schiffe von Brügge unternahmen. Es wurde ein beträchtliches Gewicht von Bomben mit bestem Erfolg abgeworfen. Alle Piloten und Maschinen, mit Ausnahme einer, kehrten wohlbehalten zurück. Am 12. Februar wurde auf einer Erkundungsfahrt in dem östlichen Mittelmeer eines unserer Flugzeuge von Fokkerflugzeugen abgeschossen. Pilot und Beobachter wurden, nachdem sie ihre Maschinen verbrannten, gefangen genommen. Ein Fokkerflugzeug wurde von unserm Begleitflugzeug aus einer Entfernung von 50 Yards zerstört.

Von amtlicher deutscher Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß der Angriff am 14. Februar ohne jeden Erfolg war; er wurde durch unser Sperrfeuer erstickt. Weder an den Hafenanlagen Brügges noch auf den im Hafen liegenden Fahrzeugen ist irgend ein Schaden angerichtet worden.

Der Balkankrieg.

Neue Forderung an Griechenland.

Der „Secolo" meldet vom 16. Februar mittags aus Athen: Der französische Gesandte Guillemin hat dem griechischen Ministerpräsidenten Lambros eine Erklärung unterbreitet, um die Aufmerksamkeit der griechischen Regierung auf jene Organe der griechischen Presse zu lenken, die gegen die Entente polemisieren, falsche Nachrichten verbreiten und die Würde der Entente verletzen. Guillemin fügte hinzu, die Sprache der Blätter sei geeignet, ernste Folgen nach sich zu ziehen; er sei entgegen seinen freundlichen Absichten gezwungen, ein neues Dekret zu erlassen mit der Festsetzung einer Frist von fünf Tagen gegen diejenigen, die staatliche Waffen zurückbehielten. Die Erklärung des Gesandten habe einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Das Blatt „Athenai" sieht einen Kollektivschritt der Entente voraus.

Der Seekrieg.

Der verschärfte Tauchbootkrieg.

Nach den bisherigen achtzehn Mitteilungen des Admiralstabes der Marine über die Ergebnisse des ungehemmten U-Boot-Krieges, die ungefähr den halben Monat Februar umfassen, sind unseren U-Booten in diesem Zeitraum 112 Schiffe mit 250 705 Tonnen zum Opfer gefallen. In Wirklichkeit müßten noch höhere Zahlen eingestellt werden, da in zwei Fällen, am 9. und 15. Februar, zwar der Umfang des Frachtraums, aber nicht die Zahl der Dampfer, und in weiteren fünf Fällen zwar die Zahl der versenkten Schiffe, aber nicht der Rauminhalt gemeldet wurde. Natürlich stellen diese Zahlen bei weitem nicht die gesamte Leistung unserer U-Boote vor, wissen wir doch aus zahlreichen feindlichen und neutralen Meldungen über Schiffsverluste, daß die amtlichen deutschen Berichte noch viel nachzuholen haben werden.

Am 15. Februar wurde veröffentlicht, daß ein U-Boot Schiffe von insgesamt 35 000 Tonnen versenkt hat. Hierunter befanden sich folgende bisher in der Presse nicht genannte Schiffe: Englischer Dampfer „Gracina" (1142 Tonnen), Ladung: Südfrüchte; italienischer Segler „Maria" (2082 Tonnen) mit Kaffee nach London, schwedischer Segler „Hugo Hamilton" (2563 Tonnen) mit Salpeterladung. Unter den übrigen Schiffen war ein Dampfer von 4500 Tonnen mit Kriegsmaterial im Wert von 60 Millionen nach Aegypten, ein Dampfer von 8200 Tonnen mit Stückgut nach Australien, ein Segler von 2000 Tonnen mit einer Maisladung, ein Dampfer von 3000 Tonnen mit Kohlen nach Frankreich und ein Dreimast-Vollschiff von 2700 Tonnen, das Salpeter nach Bordeaux führte. Achtzehn Gefangene wurden eingebracht, darunter vier Kapitäne.

Ferner wurden neuerdings als versenkt gemeldet: drei Dampfer mit 8500 Tonnen und sechs Fischerfahrzeuge mit 900 Tonnen.

Weitere Zeitungsberichte melden die Versenkung von achtzehn Schiffen.

Ein englischer Dampfer stieß auf eine Mine und sank; zwei Mann ertranken, fünf wurden verwundet.

Nach Londoner Meldungen verließ der amerikanische Dampfer „Philadelphia" am 15. Februar Liverpool mit Fahrtrichtung Newport und befindet sich jetzt in blockierten Gewässern. An Bord sind Vertreter der amerikanischen Presse und andere amerikanische Passagiere. Die „Philadelphia" ist das erste amerikanische Schiff, das die deutsche Blockade Englands zu durchbrechen versucht.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Drei brasilianische Dampfer sind seit der deutschen Sperrgebietserklärung nach Europa abgegangen.

Am 17. Februar früh lief in Rotterdam ein Dampfer der amerikanischen Petroleum-Company mit 8000 Tons Petroleum an Bord aus England ein.

Laut „Stockholms Tidningen" ist am Freitag die Schiffahrt zwischen Schweden und Amerika wieder aufgenommen worden. Von Gotenburg sind zwei Dampfer abgegangen, davon der eine nach Newyork, der andere nach Baltimore. Sie nehmen den Weg nördlich der Faröer Inseln, der sich als ungefährlich herausgestellt hat.

*

Folgen des deutschen Tauchbootkrieges.

Nach einer Zusammenstellung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" sind mehr als 300 000 Tonnen der Rotterdamschen Schiffahrt in Holland, England, Norwegen, Gibraltar und in überseeischen Häfen infolge der deutschen U-Boot-Kriegserklärung brach gelegt.

Die holländischen Tageszeitungen teilen mit, daß sie wegen Kohlenmangels gezwungen sind, den Betrieb einzuschränken und daß sie deshalb die weitere Ausgabe der seit Kriegsbeginn eingeführten Montags-Frühausgabe einstellen.

Der dänische Dampfer „United States", der hier zum Auslaufen war, mußte seine Abreise von Kopenhagen verschieben, da keine Heizer und Matrosen anheuern konnten. Ferner mußten drei Dampfer mit Lebensmitteln für England, die von der dänischen Hauptstadt nach Bergen auslaufen wollten, aus dem gleichen Grunde ihre Abreise verschieben.

In Madrid hat eine Kundgebung der Arbeitslosen vor dem Parlamentsgebäude stattgefunden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten empfing eine Abordnung, die ihm klagte, daß allein im Baugewerbe 7000 Arbeiter arbeitslos sind. Die Behörden müßten alle Mittel anwenden, um die Notlage, die durch den deutschen U-Boot-Krieg entstanden ist, zu erleichtern. Auch die Ackerbauer von Valencia protestierten gegen die Seesperre und erklärten in einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister, daß schon jetzt Apfelsinen im Betrage von 1¼ Millionen Peseten verdorben sind.

Durch die Unterwasserblockade Englands mußte der Passagierverkehr von Frankreich, Italien und England nach Rußland völlig eingestellt werden. Seit vierzehn Tagen ist aus England keine Brief- und Geldpost mehr in Rußland eingetroffen. Die neue Postverbindung über Wladiwostok ist noch nicht in Wirksamkeit getreten. Da das neue englisch-russische Kabel ausschließlich für den diplomatischen und sonstigen Regierungsverkehr und für die Presse reserviert bleibt, ist der englisch-, französisch-, italienisch-russische Geschäftsverkehr völlig unterbrochen. Es heißt, daß Maßnahmen vorbereitet werden, die den normalen Geschäftsverkehr zwischen England und Rußland wieder gewährleisten.

Die „Times" meldet über die Verkehrsverhältnisse bei den Eisenbahnen aus Neuyork: Bei einer Eisenbahngesellschaft stehen auf sämtlichen Linien des Netzes Züge, die nicht weiterfahren können. Im Hafen von Neuyork liegen neben den vollen Zügen mit Getreide auch 59 Leichterschiffe, die ebenfalls mit Getreide beladen sind. In Minneapolis kamen vier Millionen Bushels Getreide an, die für die Ausfuhr bestimmt sind, aber nicht weiterbefördert werden können. Weiter meldet die „Times" aus Washington, daß sogar in den westlichen Staaten Beunruhigung herrscht wegen des Mangels an Transportmitteln für die Ausfuhr.

*

Deutsch-dänische Verhandlungen.

Die Direktoren der Ostasiatischen Gesellschaft, Anderson, und der Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft, Cold, kehrten aus Berlin zurück, wo sie an einer Reihe von Verhandlungen teilnahmen, wobei auch die Schwierigkeiten, die die deutsche Sperre für die Schiffahrt, Handel und Industrie verursacht haben, erörtert wurden.

Wie „National Tidende" erfährt, zeigte man deutscherseits bei den Verhandlungen für die schwierige Lage Dänemarks volles Verständnis und versprach, die vorgebrachten Wünsche zu prüfen und die Lage Dänemarks auf verschiedenen Gebieten zu erleichtern.

Der Ministerpräsident, der Minister des Aeußern, der Verteidigungsminister und der Minister des Innern hielten, nach einer Meldung aus Kopenhagen, mit verschiedenen Parteivorsitzenden Besprechungen über die gegenwärtige handelspolitische Lage Dänemarks ab. Besonders wurde die Möglichkeit der Wiedereröffnung der dänischen Schiffahrt und der Ein- und Ausfahrt besprochen, deren Einstellung durch die deutsche Seesperre verursacht worden ist. Es verlautet, daß die Lage außerordentlich ernst sei und daß bedeutende Schwierigkeiten für Dänemark entstanden seien, die nur durch Verhandlungen mit beiden Mächtegruppen behoben werden könnten. Es besteht daher keine Aussicht, daß die dänischen Ausfuhrdampfer in nächster Zeit nach England abgehen werden.

*

Die Freifahrt eines Dampfers.

In der Abendausgabe des „Nieuwe Courant" vom 16. Februar wird die Ankunft des holländischen Dampfers „Westerdijk" aus England als Beweis dafür bezeichnet, daß die Möglichkeit bestehe, der Gefahr im Sperrgebiet zu entgehen.

Hierzu ist festzustellen: Dem Dampfer „Westerdijk", der, wie bekannt ist, mit einer Ladung für die holländische Regierung bestimmten Getreides von den Engländern eineinhalb Monat lang in Stornoway festgehalten wurde, ist auf Antrag der holländischen Regierung von der deutschen Seekriegsleitung freie Reise nach Holland zugestanden worden. Es wurde alles getan, ihm eine sichere Fahrt nach dem Bestimmungshafen zu ermöglichen. Solche Meldungen wie die des „Nieuwe Courant" können nur dazu dienen, neutrale Dampfer zu verleiten, das Sperrgebiet zu befahren und dadurch in unverantwortlicher Weise Schiffe und Besatzung in ernsteste Gefahr zu bringen.

*

Englische Vorschriften.

Die Reedereien in Stavanger erhielten folgende neue englische Regeln für die Lieferung von Bunkerkohle: Skandinavische und holländische Schiffe, die von den betreffenden Häfen nach Inkrafttreten der deutschen Seesperre abgegangen sind und in England mit voller Last gutgeheißener Waren eintreffen, erhalten die Erlaubnis, eine Kohlen- oder Koksladung nach der Heimat mitzunehmen. Gutgeheißene Waren sind Kies, Nitrate, Porphyrite, Futterstoffe, Lebensmittel, Grubenholz, Garn, Stahl usw. Mit Ballast nach England kommende Schiffe erhalten die Erlaubnis, eine Kohlen- oder Koksladung nach der Heimat zu bringen, wenn sie zwei Fahrten mit Kohlen von England nach einem französischen Kanalhafen oder eine Fahrt nach französischen Häfen an der Biscaya-Bucht ausführen. Mit Teilladung ankommende Schiffe werden als im Ballast fahrend betrachtet. Befrachtete, augenblicklich in England liegende Schiffe können abgehen, wenn sie durch andere Schiffe der gleichen Nation ersetzt werden, die die genannten Verpflichtungen hinsichtlich der Fahrten nach Frankreich übernehmen. Die neuen Regeln gelten für Skandinavien, Holland und Norwegen, jedoch erst nach der Aufhebung des geltenden Kohlenverbots.

*

Ein englisches Transportschiff in der Themsemündung gesunken.

In Rotterdam eingetroffene Nachrichten besagen, daß am 12. Februar in der Themsemündung beim Sunkteuerschiff ein englisches Transportschiff auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Aus dem schweizerischen Bundesrat.

Der schweizerische Bundesrat veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Die auf die Wiederaufnahme von Verhandlungen der nordamerikanischen und deutschen Regierung bezüglichen Schritte des Herrn Ritter in Washington sind ohne Auftrag des schweizerischen Bundesrates oder des politischen Departements unternommen worden. Über den Inhalt der Korrespondenzen zwischen Berlin und Washington, die von der Bundesbehörde lediglich vermittelt werden, können begreiflicherweise keine Mitteilungen gemacht werden.

Der Bundesrat hat beschlossen, sich mit den an der Verproviantierung Belgiens und der besetzten

französischen Departements interessierten Staaten in Verbindung zu setzen zur Ersetzung der amerikanischen Mitglieder der spanisch-amerikanischen Verproviantierungs-Kommission, die infolge der jüngsten politischen Ereignisse aus der Kommission ausgeschieden sind, durch schweizerische Vertrauensmänner, wenn solches gewünscht wird."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichshaushalt für 1917.

Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht den Entwurf des Reichshaushalts auf das Rechnungsjahr 1917. Der Entwurf unterscheidet sich in seiner Aufmachung fast gar nicht von seinen beiden Vorgängern, weil eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben ganz unmöglich ist. So findet man in den Einnahmen den Ertrag der Zölle mit 758 Millionen Mark eingesetzt, obwohl einige Zölle ganz aufgehoben sind und die Einfuhr im Vergleich zu den Friedenszeiten auf ein Minimum zurückgegangen ist. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß diese Summe auch nicht entfernt vereinnahmt werden kann. Die Ausgaben für das Reichsheer und die Marine werden wieder zum größten Teil auf die Kriegsausgaben übernommen und erscheinen deshalb überhaupt nicht im Reichshaushalt. Die Einnahmen reichen natürlich nicht dazu aus, um die fortlaufenden Ausgaben zu decken. **Der Fehlbetrag von 1250 Millionen Mark muß durch neue Kriegssteuern aufgebracht werden.** Es sind in Aussicht genommen eine Kohlenabgabe vom Werte der geförderten Kohle, die Erhebung eines Zuschlages zur außerordentlichen Kriegsabgabe und eine Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs auf Eisenbahnen, Wasserstraßen, Kleinbahnen usw. Neue Stellen in wesentlichem Umfange werden nur bei der Reichspost geschaffen; ob es dadurch gelingt, den gegenwärtigen Zustand der Reichspost, der sich immer mehr einer völligen Desorganisation nähert, zu beseitigen, ist nicht vorauszusehen, weil es nicht nur allein der Personalmangel ist, unter dem die Reichspost leidet. Unter den einmaligen Ausgaben befindet sich ein Betrag von 700 000 Mk. als Beitrag des Reichs zur Gründung eines Meßamts für Mustermessen. Die Einsetzung dieses Betrages entspricht einem Beschluß des Reichstages, die Leipziger Messe aus Reichsmitteln zu unterstützen.

Die Kriegssteuergesetzentwürfe im Bundesrat.

In der Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer, der Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Kriegssteuer, der Entwurf eines Gesetzes über die weitere Kriegsabgabe der Reichsbank, der Entwurf einer Verordnung über die Versicherung der im Vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten und der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Terpentinöl und Kernöl.

Amerika.

Einbruch mexikanischer Banden in amerikanisches Gebiet. Wie der „Herald" in Neuyork meldet, sind mexikanische Banden 80 Kilometer westlich von Hachita in amerikanisches Gebiet eingedrungen. Drei Amerikaner wurden getötet und große Viehherden geraubt. Die amerikanischen Truppen sind längs der Grenze aufgestellt.

Der Aufstand auf Kuba. Havas meldet aus London: Nach hier eingegangenen Nachrichten soll die Revolte auf der Insel Kuba militärischer Natur sein. Die Rebellen bemächtigten sich Santiagos und Cumguays und marschierten auf Santa Cara. Die kubanische Regierung, die über beträchtliche Teile der Armee verfügt, appelliert an die Freiwilligen. Man glaubt, daß sie die Revolte bemeistern wird.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 19. Februar.

Vom Warten.

Die Frauen haben es gründlich gelernt, das Warten; ein ganzes langes Jahr schon und noch länger, tagtäglich, in Hitze und Kälte, im strömenden Regen und wie oft vor Tagesgrauen! In Reih und Glied sind sie gestanden, eine lange Menschenkette, im wirren Knäuel haben sie sich gebalgt, unter Scherzen und Anklagen und mit unendlicher Geduld. Die Zeit verrann so schneckenhaft beim Warten, die Minuten reihten sich zu Viertelstunden, und erst nach Stunden konnten sie erleichtert aufatmen. Sie eilten nüchtern aus dem Hause, sie liefen weg vom Kochherd, weg vom Spültisch und vom Waschfaß. Und nur der Gedanke hielt alle aufrecht beim Warten: Etwas für den Hunger bekommen.

Die Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Es gibt noch genug Gelegenheit, Geduldsproben zu bestehen, beim Fleischer, in der Markthalle, beim Knochenverkauf, bei der Kriegsküchen-Essenausgabe und anderswo. Die grimme Kälte hat ebenso dazu beigetragen, eine neue Wartekrisis einzuleiten, damit unsere Frauen nicht aus der Gewohnheit kommen. Sie warten so ausdauernd auf Kaks und Kohlen, wie einmal auf Kartoffeln und Eier. Sie haben das Warten gelernt und manches dazu. Als wäre es ihnen angeboren, so ist es ihnen in Fleisch und Blut übergegangen, es gehört zu ihrem täglichen Leben.

Und diese Frauen warten noch auf ihre Männer, auf ihre Söhne und Brüder. Die große Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Sie sammeln ihre ganze Kraft im Warten und wissen nicht viel von dem „Warum". Sie wissen nur, daß sie müssen, meist nicht um ihrer selbst willen. Und diese große Wartezeit der Sehnsucht nach Frieden wird ausgefüllt von so viel Kleinlichkeit, von so vielem demütigen Warten um ein Weniges, das zum Leben nötig ist. Sie verstehen nichts von dem großen Heldentum der Männer, von ihren weltlichen Taten und Erfolgen, sie sind stets im engen Kreise gebunden und ihr Heldentum und ihr Glaube, ihre Ausdauer und ihre Pflicht geht auf in den Nöten des Tages.

Mißbräuchliche Verwendung von Bezugsscheinen. Auf der Rückseite jedes Bezugsscheines für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren ist zu lesen: „Mißbräuchliche Verwendung des Bezugsscheines, insbesondere seine Uebertragung und die Verwendung für eine andere Person als die, für die er ausgestellt ist, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft." Außerdem ist bei derartigen Verstößen noch die Schließung von Betrieben angedroht. Trotz dieser scharfen Strafandrohung kommt es noch immer vor, daß Bezugsscheine in unlauterer Weise Verwendung finden. Das Kriegswucheramt sieht sich deshalb genötigt, Bezieher und Verkäufer vor Schiebungen mit Bezugsscheinen eindringlich zu warnen und bringt als abschreckendes Beispiel für die Verkäufer folgenden Fall zur öffentlichen Kenntnis: Die Inhaberin zweier Kleinhandelsgeschäfte mit Web-, Wirk- und Strickwaren, Frau Martha Gardels, Berlin, Beusselstraße 76, und Charlottenburg, Tauroggener Straße 10, hat in einer großen Anzahl von Fällen die von ihren Kunden bei ihr eingereichten Bezugsscheine nicht ordnungsmäßig entwertet und abgeliefert, sondern sie noch einmal für sich selbst bezw. für ihre Geschäfte benutzt. Sie kaufte in Konkurrenzgeschäften, in denen sie unbekannt war, auf die schon benutzten Bezugsscheine, die alle hätten zur Entwertung kommen müssen, von neuem Waren für ihr Geschäft ein. Es ist festgestellt worden, daß sie diese Waren mit einem Gewinn, der in einem Falle (wucherisch) mehr als 70 Prozent betrug, weiter verkauft hat. Auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle sind der Frau Gardels beide Geschäfte durch das Kriegswucheramt geschlossen worden. Frau Gardels wird sich außerdem vor Gericht wegen mißbräuchlicher Verwendung von Bezugsscheinen u. wegen Kriegswuchers zu verantworten haben. Sie hat sich durch die groben Verstöße gegen die Bundesratsverordnung nicht nur strafbar gemacht, sondern unter Umständen auch ihre Existenz vernichtet.

Mit dem U-Boot gegen England. Ueber dieses Thema sprach Sonntag abend Herr Kapitänleutnant a. D. van Bebber im Marmorsaale des Stadttheaters vor sehr zahlreichem Publikum. An der Hand von interessanten Lichtbildern schilderte er die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte unserer drei Unterseewaffen: der Minen, der Torpedos und der Tauchboote. Minen seien wohl zuerst im Jahre 1848 im Kriege zwischen Dänemark und Preußen benutzt worden, indem man mit Pulver gefüllte Kästen in den Fahrgewässern verankerte und diese dann von Land aus mittelst elektrischen Stromes zu geeigneter Zeit zur Explosion brachte. Solche, Beobachtungsminen genannt, seien, allerdings in weit vervollkommneter Form auch jetzt noch in Gebrauch. Diese kämen aber nur für den Schutz der heimatlichen Küste in Frage, während für das Legen von Minensperren an der feindlichen Küste nur sogenannte Stoßminen verwandt werden könnten. Bei diesen sind an den Köpfen der Minen vorragende Bleiröhren befestigt, die durch Berühren mit dem Schiffsboden verbogen werden, wodurch eine in den Bleiröhren befindliche Glasröhre zum Brechen gebracht und die darin befindliche Säure einem elektrischen Element zugeführt wird, worauf dann die mit nasser, gepreßter Schießbaumwolle gefüllte Mine explodiert. Gegen Minen suche man sich zu schützen, indem man durch sogenannte Minensuchdampfer, die zu zweien miteinander durch ein langes Tau verbunden, an welchem die Suchvorrichtung befestigt ist, das vermutete Minenfeld absuchen läßt. Die Minen werden dadurch an die Oberfläche gezogen und durch Gewehrfeuer oder Geschützfeuer unschädlich gemacht. Oder man schickt alte wertlose Dampfer über die Minenfelder, die sich dann durch das Berühren der Minen selbst in die Luft sprengen, aber auch zugleich die Minen unschädlich machen. Sodann erläuterte der Vortragende den Bau und die Verwendung des Torpedos. Ein solches habe die Form einer Zigarre und berge im vorderen Teil die Zündvorrichtung und die Sprengladung, die aus 1500 Pfund nasser gepreßter Schießbaumwolle bestände. An diesen Teil schließt sich der Raum für die zum Betriebe der Maschine nötige komprimierte Luft; dann folgt die dreizylindrige Maschine für die am Schwanzende befindlichen Propeller und im letzten Teil des Torpedos ist die komplizierte Steuervorrichtung untergebracht, die der Redner noch ganz besonders anschaulich erläuterte. Diese verderbenbringende Waffe wird in der Hauptsache durch die schnellen Torpedoboote, die bis zu 75 Kilometer Geschwindigkeit entwickeln oder durch die Tauchboote an den Feind herangebracht. Wohl seien auch die großen Kampfschiffe für Torpedos eingerichtet, doch seien sie bei diesen mehr Gelegenheitswaffe, weil solche Schiffe den Kampf mit dem Feinde meist schon in Entfernungen von 25 Kilometer aufnehmen, während ein Torpedo nur auf etwa 9 Kilometer zu verwenden sei. Der Wert eines der jetzt gebräuchlichen Torpedos beträgt ungefähr 20 000 Mk. Bezüglich der U-Boote unterscheidet man reine Unterwasserboote und Tauchboote. Auch hier liegen die Anfänge schon lange Zeit zurück, wenn auch greifbare Resultate erst in der neueren Zeit erzielt wurden. Den ersten Erfolg erzielte wohl der Amerikaner Bushne im Jahre 1777, der sich mit seinem Boote einige Zeit unter Wasser halten und an das feindliche Schiff herankommen konnte, um es mittelst eines Bohrers am Boden anzubohren und ihm so die vernichtende Ladung beizubringen. Heute sei natürlich ein solches Anbohren von Schiffen nicht mehr möglich. In Deutschland habe man sich zunächst lange Zeit abwartend verhalten, sich dann aber in richtiger Erkenntnis für das System der Tauchboote entschieden und heute seien wir den Feinden damit weit voraus. Der Vortragende erklärte den Bau und das Innere eines solchen Tauchbootes, führte uns in militärische und in die maschinentechnische Zentrale, wies darauf hin, daß für die Ueberwasser- und Unterwasserfahrt besondere Antriebmaschinen vorhanden wären. Während für erstere Dieselmotoren benutzt würden, käme für die Unterwasserfahrt nur der elektrische Antrieb in Frage, da andernfalls die Luft zu schnell verdorben würde.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging Redner zunächst auf die Berechtigung des verschärften U-Boot-Krieges ein. Er wies darauf hin, daß England von Beginn des Krieges die Londoner Deklaration von 1909 auf das gröblichste verletzt hätte und Bestimmungen, die gerade von ihm in diese Deklaration hineingekommen wären, nicht beachtete. Für Deutschland sei es deshalb eine Lebensfrage, nachdem das ernstgemeinte Friedensangebot abgelehnt wurde, den U-Boot-Krieg auch so uneingeschränkt durchzuführen, wie es durch die Erklärung vom 31. Januar angekündigt sei. Zu diesem Zwecke sei rund um England bis hinunter zum Kap Finisterre und im Mittelländischen Meere ein großes Sperrgebiet erklärt, in welchem dort angetroffene Schiffe ohne weiteres vernichtet würden. Redner schilderte dann die Fahrt eines solchen Unterseebootes, die mit mancherlei Gefahren und großen Anforderungen für die Besatzung verbunden sei. Er erwähnte die Rekordleistung verschiedener Boote, die von dem Heimathafen nach den Dardanellen oder bis an die kanadische Küste gefahren wären und die uns bisher von keinem Feinde nachgemacht seien, zeigte durch Bilder die Vernichtung verschiedener feindlicher Großkampfschiffe und Truppentransporter und gedachte dabei auch des U-Boot-Helden Weddingen. Schließlich erläuterte der Vortragende noch die Rettung der Mannschaften aus einem havarierten U-Boot mittelst der Drägerschen Rettungsapparate und schloß mit dem Wunsche, daß durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch Sieg über den Feind ein baldiger Friede uns beschert sein möge.

Vorzeitige Entnahme von Brot. In Lübeck sind bekanntlich wegen vorzeitiger Entnahme von Brot viele Hunderte von Personen bestraft worden. Weite Kreise der Bevölkerung sind aufs Höchste befremdet von dieser Bestrafung und auch in der Bürgerschaft ist die Mißstimmung gegen dieses Vorgehen zum Ausdruck gekommen. Daß man anderorts von einer Bestrafung im gleichen Falle absieht, ergibt sich aus dieser Meldung: Eine Arbeiterfrau hatte, wie die „Bergische Arbeiterstimme" berichtet, einen Tag vor Beginn der neuen Brotkartenwoche ihre Brotmenge für den kommenden Tag geholt und war deswegen mit einem Strafbefehl bedacht worden. Hiergegen forderte sie richterliche Entscheidung. Sie brachte glaubhaft vor, daß ihr Mann morgens vor 6 Uhr zur Arbeit müsse, und da die Brotläden um diese frühe Stunde noch geschlossen wären, sei es ihr nicht möglich, dem Manne seine Wegzehrung für den Arbeitstag mitzugeben. Sie sei daher, solle der Mann arbeitsfähig bleiben und verdienen, gezwungen, schon am Abend vorher die ihr zustehende Menge Brot einzukaufen. Das Gericht sprach die Frau von Strafe und Kosten frei. Es hob in seiner Entscheidung hervor, daß der Mann ohne Nahrung nicht arbeiten könne, und bei der heutzutage jedem zustehenden geringen Brotmenge sei es geradezu ausgeschlossen, daß noch für den folgenden Tag Brot aufgespart werden könnte.

Angabe des Absenders auf Feldpostsendungen. Da nach Inkrafttreten des neuen Feldadressenverfahrens vom 15. Februar 1917 ab aus dem Stempel der absendenden Feldpostanstalt die aufliefernde Stelle nicht mehr zu ersehen ist, sind sämtliche Heeresangehörigen — auch Offiziere und obere Militärbeamte — angewiesen worden, sich als Absender auf Feldpostsendungen außer nach Namen und Dienstgrad auch nach dem Truppenteil zu bezeichnen.

Den Verkauf von Verbrauchszucker, den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren betreffen Bekanntmachungen, die unsere Leser im Anzeigenteil unseres Blattes finden, und auf die wir hierdurch besonders aufmerksam machen wollen.

Sommerzeit 1917. Amtlich wird mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Bundesrats wird auch für das laufende Jahr die Sommerzeit eingeführt. Sie beginnt am 16. April, vormittags 2 Uhr, und endet am 17. September, vormittags 3 Uhr. Zu dem erstgenannten Zeitpunkte werden die öffentlichen Uhren um eine Stunde vor-, zu dem letztgenannten um eine Stunde zurückgestellt. Die Früherlegung des Sommerabschnitts gegenüber dem Vorjahre ermöglicht eine noch bessere Anpassung an die tatsächlichen Lichtverhältnisse. Tag und Stunde des Uebergangs zur Sommerzeit sind mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebs gewählt worden.

Die Sommerzeit hat sich im Vorjahre bewährt und insbesondere die erwarteten Ersparnisse an künstlicher Beleuchtung gebracht. Gewisse Nachteile, über die geklagt wurde, können zum größten Teile, insbesondere durch geeignete Verlegung der Eisenbahnzüge in den Morgenstunden sowie durch zweckmäßige Aenderungen des Schulbeginns (Beibehaltung des Winterstundenplans während des Sommers) behoben werden.

Die Lübecker Gewerbekammer kann auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand gestern im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit eine Feier statt, an dem Mitglieder des Senates, der Bürgerschaft, der Handelskammer und anderer Körperschaften teilnahmen. Dabei wurden verschiedene Ansprachen gehalten und Glückwünsche dargebracht.

Bezugsscheinpflicht für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren. Die Bestimmung, wonach Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren nur gegen vorschriftsmäßig ausgefertigten Bezugsschein verkauft werden dürfen, wird von den Verkäufern immer noch nicht mit der nötigen Sorgfalt beachtet. Um in Fällen der Nichtbeachtung dieser Bestimmungen den Schuldigen jederzeit sofort zur Verantwortung ziehen zu können, erläßt das Polizeiamt in der heutigen Nummer eine Verordnung, wonach Gewerbetreibende beim Handel mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren Vorkehrungen zu treffen haben, die es ermöglichen, jederzeit festzustellen, welche in dem betreffenden Betriebe tätige Person einen bezugsscheinpflichtigen Gegenstand verkauft hat. Größere Betriebe, in denen mehrere Angestellte tätig sind, werden z. B. anzuordnen haben, daß jeder Verkäufer, der einen bezugsscheinpflichtigen Gegenstand verkauft, seinen Namen auf dem Bezugsschein zu vermerken hat. Ferner wird vorgeschrieben, daß die Bezugsscheine, nachdem sie entwertet sind, mit dem Namen oder der Firma des Verkäufers zu versehen sind und endlich wird verboten, Änderungen an den Bezugsscheinen vorzunehmen oder Zusätze oder Bemerkungen irgend welcher Art auf ihnen zu machen. Die entwerteten Bezugsscheine sind von den Verkäufern zu sammeln und am 1. jedes Monats an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, abzuliefern.

Gummisauger für Säuglinge. Vom Gesundheitsamt wird uns geschrieben: Gummisauger dürfen in den Apotheken in der Regel nur für nicht über ein Jahr alte Säuglinge abgegeben werden. Beim Kaufe muß die standesamtliche Geburtsurkunde

Der
Lübecker Volksbote
dient
den Arbeiterinteressen
schützt
die Rechte des Volkes!

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den meisten Stellen der Front herrschte starker Nebel, der die Tätigkeit der Artillerie und Flieger einschränkte und nur Erkundungsvorstöße zuließ.

An der Wachsamkeit unserer Grabenbesatzungen scheiterten zahlreiche Unternehmungen des Feindes. Unsern Erkundern gelang es mehrere Gefangene einzubringen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Wesentliches.

Mazedonische Front.

Vorpostengeplänkel und vereinzelt Artilleriefeuer.

Zwei feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

vorgelegt werden. Mit dem Gummisauger wird gleichzeitig eine Gebrauchsanweisung ausgegeben. Für ein Kind dürfen das erste Mal nicht mehr als zwei Gummisauger abgegeben werden; eine erneute Ausgabe muß grundsätzlich von der Rückgabe des früher bezogenen Saugers abhängig gemacht werden. Es ist daher dringend erforderlich, daß die unbrauchbar gewordenen Gummisauger in die Apotheken zurückgeliefert werden.

Volkstümliches Konzert. Das Programm des Abends umfaßt dieses Mal eine Reihe meist bekannter Musikstücke. Dazu gehören Webers und Mendelssohns Ouvertüren zu Euryanthe und Heimkehr aus der Fremde, ferner die Vorakmusiken zu Rosamunde von Schubert, die Walzer von Strauß und die drei Armeemärsche. Wenig bekannt ist dagegen Liszts Marsch „Die heiligen drei Könige" aus dem Oratorium Christus und vor allem seine sinfonische Dichtung Hungaria, in der der Komponist die Leiden, den Kampf und den Sieg des ungarischen Volkes schildert.

pb. **Festgenommen** wurde der Leichtmatrose eines im hiesigen Hafen liegenden Segelschiffes, der einem Kahneigner aus seiner Kajüte 410 Mk. gestohlen hatte. Das Geld konnte dem Diebe fast restlos wieder abgenommen und an dem Bestohlenen zurückgegeben werden. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Braunschweig, der seitens der Staatsanwaltschaft in Lüneburg wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. **Kaninchendiebstahl.** Einem in der Wielandstraße wohnhaften Bahnwärter sind am Freitag, dem 16. d. Mts. von seinem Hofplatze zwei schwarze, zwei blaue und ein graues Kaninchen gestohlen.

Hamburg. Unschuldig zu Zuchthaus verurteilt. Am 1. März 1915 ist die Ehefrau Amanda Szydlowski von der Strafkammer wegen Verleitung zum Meineid zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre verurteilt worden. Sie wurde damals durch die Aussage einer Frau Rolle als überführt erachtet, diese verleitet zu haben, in einer Untersuchung gegen ihren, der Frau Sz., Sohn über dessen Aufenthalt eine Unwahrheit auszusagen. Nachdem die Strafe der Verurteilten durch einen Gnadenakt des Senats in drei Monate Gefängnis umgewandelt worden war, ließ sie die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben, weil sie sich gänzlich unschuldig fühlte. Dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde auch stattgegeben. In der jetzigen neuen Verhandlung erklärte die Angeklagte, sie hätte, als die Untersuchung gegen ihren Sohn eingeleitet worden war, zu der Frau Rolle gesagt, sie wolle in einer Zeitungsanzeige eine Belohnung von 100 Mk. denen zusichern, die den Aufenthalt ihres Sohnes für einen bestimmten Tag bekunden könnten. Frau R. habe darauf entgegnet, das sei nicht nötig, sie könne über den Aufenthalt ihres Sohnes die nötige Auskunft geben. Darauf habe sie der Polizei Frau R. als Zeugin genannt. Nach der jetzigen Verhandlung hatte das Gericht auch erhebliche Bedenken an der Zuverlässigkeit der Aussagen der Zeugin der Frau R. Das frühere Urteil wurde aufgehoben und die Angeklagte von der Anklage der Verleitung zum Meineid kostenlos freigesprochen.

Hamburg. Familientragödie. In der Nacht zum Sonntag versuchte die 35 Jahre alte Frau des zurzeit im Heeresdienst befindlichen Abbruchsübernehmers Kähne, wohnhaft Kegelhofstraße 49, 1. Stock, sich und ihre drei Kinder im Alter von sechs bis acht Jahren durch Gasvergiftung zu töten. Nach Wahrnehmung von Gasgeruch ließen Nachbarn am Sonntag vormittag die Wohnung öffnen, wo man in der mit Gas gefüllten Küche die vier Personen fand. Der siebenjährige Knabe war bereits tot, während die übrigen, die Mutter und ihre sechs und acht Jahre alten Töchter, noch lebten. Sie wurden, besinnungslos und lebensgefährlich erkrankt, dem Eppendorfer Krankenhaus zugeführt. Die Mutter hatte die Gashähne vom Herd und von der Lampe geöffnet und die Türritzen mit Papier verstopft. Der Beweggrund zu der Verzweiflungstat ist unbekannt.

Neumünster. Ein Opfer des Eises. Am Donnerstag lief der 13jährige Sohn des Gemeindevorstehers Lucht aus Mühbrook mit Schlittschuhen über den Einfelder See, um seinem Vater beim Rübenverladen zu helfen. Unweit vom Nagelschen Damenbad geriet er auf eine abgeeiste Stelle, die frisch überfroren war, brach ein und ertrank.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im
Lübecker Volksboten

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren.

Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren entgeltlich nur an die behördlich eingerichtete Annahmestelle Weberstraße 1. veräußert werden dürfen. Es dürfen also Personen, welche sich getragener Kleidungs- und Wäschestücke oder getragener Schuhwaren entäußern wollen, diese weder an andere Privatpersonen noch an Trödler oder sonstige Händler, sondern nur an die vorgenannte amtliche Annahmestelle verkaufen.

Der Verkauf getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren ist den Gewerbetreibenden, welche bisher mit diesen Waren Handel getrieben haben, bis zum 28. Februar 1917 gestattet. Nach dem 28. Februar 1917 darf auch der Verkauf an die Verbraucher **nur** durch die amtlichen Verkaufsstellen, die noch besonders bekanntgegeben werden, erfolgen.

Die amtliche Annahmestelle für getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren, Weberstraße 1. Fernsprecher Nr. 8620, ist werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Feststellung des für die abgelieferten Gegenstände zu zahlenden Preises erfolgt im Wege der Abschätzung durch vereidigte Sachverständige. Der durch die Abschätzung festgesetzte Preis ist für den Veräußerer und für den Kommunalverband bindend.

Wer getragene Kleidungs- und Wäschestücke oder getragene Schuhwaren nicht persönlich an die Annahmestelle abliefern will, kann die Annahmestelle schriftlich oder durch Fernsprecher oder Boten benachrichtigen, worauf die Sachen unentgeltlich durch eine mit amtlichem Ausweis versehene Person abgeholt werden. Der Abholer ist verpflichtet, den amtlichen Ausweis unaufgefordert vorzulegen. Wer es unterläßt, sich den amtlichen Ausweis vorlegen zu lassen, tut dies auf eigene Gefahr. Der Abholer führt ein Buch mit sich, in welches er die empfangenen Gegenstände einzutragen hat. Der Ablieferer hat die Richtigkeit der Eintragungen durch seine Unterschrift zu bestätigen. Er erhält dagegen eine Bescheinigung über die abgelieferten Gegenstände mit der Unterschrift des Abholers. Die Anweisung für die Bezahlung der abgelieferten Gegenstände wird nur gegen Rücklieferung dieser Empfangsbescheinigung ausgehändigt.

Die Auszahlung des Preises für die abgelieferten Gegenstände erfolgt durch Anweisung auf eine Bank oder öffentliche Kasse.

Getragene Uniformstücke werden ebenfalls bei der obenerwähnten Annahmestelle entgeltlich oder unentgeltlich entgegengenommen und dürfen gleichfalls weder an Private noch an Händler oder Trödler verkauft werden.

Lübeck, den 17. Februar 1917. (7508

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchzucker.

In Abänderung der Bekanntmachung des Polizeiamts vom 30. Oktober 1916, Abtag 4, wird hiermit verordnet:

Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte aus den Lebensmittelbüchern und von Zuckerkarten, auf welche

Zucker

verabfolgt worden ist, künftig nicht mehr an die Großhändler, sondern an die Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65 I, Zimmer 5, abzuliefern.

Die Abschnitte für Februar (C XIII—C XVIII) sind spätestens am 6. März abzuliefern. Auf später abgelieferte Abschnitte für Februar wird keine Zuweisung von Zucker mehr erfolgen.

Die Ablieferung hat in besonderen Umschlägen zu geschehen, welche in der Druckerei von Werner & Hornig, Königstraße 47, zu beziehen sind.

Die im vorigen Jahr ausgegebenen Marken für

Einkochzucker

sind nicht mehr gültig und es darf auf sie Zucker nicht mehr verabfolgt werden.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 33 der Bundesratsverordnung vom 14. 3. 16 bestraft.

Lübeck, den 18. Februar 1917. (7504

Das Polizeiamt.

Städt. Obst- u. Gemüsestelle.

Verkauf von Weißkohl

in der Markthalle, Pfund 14 Pfg.

am Dienstag, dem 20. Februar und folgende Tage soweit Vorrat. (7513

Gesucht

Arbeiterinnen

welche sich zu leichterer Werkstattarbeit bei der Wagenunterhaltung eignen. 5502

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren.

Auf Grund des § 18 der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni, 23. Dezember 1916 verordnet das Polizeiamt:

§ 1.

Beim Handel mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren, welche nur auf Bezugschein abgegeben werden dürfen, haben die Gewerbetreibenden Vorkehrungen zu treffen, die es ermöglichen jeder Zeit festzustellen, welche in ihrem Betriebe tätige Person einen bezugscheinpflichtigen Gegenstand abgegeben hat.

§ 2.

Die Bezugscheine sind, nachdem sie entwertet sind, mit dem Namen oder der Firma des Verkäufers zu versehen.

§ 3

Es ist verboten, Aenderungen an den Bezugscheinen vorzunehmen oder Zusätze oder Bemerkungen irgend welcher Art auf ihnen zu machen.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 20 Ziffer 1 der Bundesratsverordnung vom 10. Juni, 23. Dezember 1916 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 16. Februar 1917. (7505

Das Polizeiamt.

Große Bohnen
zu verkaufen, Pfd. 1.70 Mk.
7509) Blücherstr. 8, pt.

Stutz- u. Schweif-Pferdehaare
4.60—5.50 Mk.
Reine Ochsenhaare
3.00—3.50 Mk.
Mähnenhaare
3.00—3.50 Mk.
Hasen- u. Kaninchenfelle, Trockene Schweinehaare
Krollhaare
zum höchsten Tagespreise.
Haussstandslumpen
10 ₰ das Pfund.
Knochen 5 ₰ per Pfund.
Lissauer,
Kl. Schrangen 8 (7507

Zu kaufen gesucht (7498
Haussstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.
Telephon 2490.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft (7506
Lissauer, Kl. Schrangen 8.

Kaufe
Säcke und Packleinen
Lissauer,
reichsamtlich angestellter Aufkäufer. (7506
Kl. Schrangen 8.

Zu kauf. ges. guterh. Jüngl.-Anz. f. 16j. Ang. u. J J 16 a. d. Exp. (7510

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (7497
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71

Metallbetten an Private. Katal. frei. 7500
Holzrahmenmatr., Kinderbetten.
Eisenmöbelfabrik. Suhl i Thür.

Es lebe der Frieden
Von Philipp Scheidemann.
Zeitgemäße Betrachtungen.
Preis broschiert in Vereinsausgabe
40 Pfg.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München — Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Im Dienst des Vaterlandes.
Vortrags-Abend 7499
am Dienstag, dem 20. Februar 1917, abends 7½ Uhr
in der Stadthalle zu Lübeck
Wilhelm Conrad Gomoll
„Die Niederringung der Offensive Brussilow"
Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert.
Eintrittskarten zu 3.—, 2.—, 1.—, 0.50 Mk. an der Abendkasse.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Ferienkolonien.
Hauptversammlung
am Donnerstag, 22. Febr. 1917
nachmittags 5 Uhr,
im Hause der Ges. z. Bef. gem. Tätigkeit. (7501
T.-O.: Jahresbericht. Rechnungsablage.
Der Vorstand.

Der neueste Kriegs-Atlas
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. :: Preis 1.— Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Stadttheater. 7512
Dienstag, d. 20. Febr. 1917
Uraufführung Madame Legros
Drama v. Heinrich Mann.
Mittwoch, d. 21. Februar 1917
Das Dreimäderlhaus
Operette von Fr. Schubert.
Donnerstag, 22. Februar 1917
Carmen.
Oper von G. Bizet.
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Nr. 42
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 19. Februar 1917

Betriebsküchen oder öffentliche Kriegsküchen?

Von Th. Thomas, Franfurt a. M.

Durch den Verlauf der letzten Wochen, unter der Einwirkung des Zivildienstgesetzes und unter der ständig steigenden „Einkreisung" des Fabrikproletariats in immer konzentrierterе Betriebe, erscheint es von erheblicher Wichtigkeit, die Frage, die wir an die Spitze des Artikels gestellt haben, zu prüfen. Eine besondere Bedeutung kommt der Sache noch dadurch zu, daß die Verordnungen des Kriegsernährungsamtes den Fabriken ganz bestimmte Verpflichtungen auferlegt haben.

Im allgemeinen ist wohl von gewerkschaftlichen Grundsätzen aus die Antwort auf unsere Frage leicht; sie wird zugunsten der allgemeinen öffentlichen Kriegsküchen ausfallen. Der Fabrikküche kann man das Odium nicht nehmen, daß sie den Arbeiter noch abhängiger vom Betrieb macht, als er es ohnehin schon ist. Weiter kommt hinzu, daß die Gäste auf den Fabrikküchenbetrieb in vielen Fällen gar keinen Einfluß haben. In der Regel ist die Kantine verpachtet, dadurch von vornherein jede Kontrolle ausgeschlossen. Wo aber wirklich so etwas wie ein Küchenausschuß besteht, kommt er immer auf eine halbe Maßregel hinaus; einen bestimmten Einfluß haben diese Ausschüsse selten. Weiter ist aber auch aus hygienischen Gründen die Fabrikküche zu bekämpfen. Der Arbeiter braucht, wenn er im Betrieb ißt, seine Kleider nicht zu wechseln, in vielen Fällen eilt er mit Händen, die noch voller Arbeitsstaub sind, an seine Schüssel. Oft hat er nicht die Zeit, zu solchen Dingen, weil in zahlreichen Fällen dort, wo eine Fabrikküche kocht, die Pausen entsprechend verkürzt sind. Wenn der Arbeiter auswärts ißt, dann wird er gezwungen, seine staubige Arbeitsmontur mit dem reinen Straßenkleid zu wechseln, sich zu waschen und zu säubern. Das kommt natürlich dem Essen zugute, die Bekömmlichkeit wird dadurch nicht wesentlich gesteigert. Man frage nur einmal bei den Buchdruckern oder in den chemischen Betrieben nach, wie solche Kleinigkeiten von Einfluß sind. Weiter hat der Gemeindebetrieb den Vorteil, daß man sich mit den Kindern zur gemeinsamen Einnahme des Essens treffen kann, was dort, wo Frauen in Betracht kommen, nicht zu unterschätzen ist.

Der weitaus wichtigste Grund ist aber wohl der, daß die öffentlichen Küchen unter der Kontrolle der Stadtverwaltung und des gesamten Publikums stehen. Es spielen hier auch Fragen der Anrechnung auf die Lebensmittelkarte mit, endlich aber die Hauptsache, daß die einheitliche Küche die Güte des Essens fördert. Die Gefahr besteht zu leicht, daß, wenn nur Frauen und Kinder in die allgemeine Kriegsküche kommen, die männliche Arbeiterschaft aber zum großen Teil sich absondert, dies auf die Küche rückwirkt in dem Sinne, daß dort schließlich die Güte des Essens herabgedrückt wird, während im anderen Falle das Gegenteil eintritt. In den öffentlichen Küchen muß also ein Essen gegeben werden, das allgemeinen Ansprüchen der Ernährung genügt. Was der Schwer- und Schwerstarbeiter als Zulage erhalten muß, soll man ihm durch besondere Zuweisungen zukommen lassen. Jedenfalls ist im Interesse eines einheitlichen Eßprogramms zu wünschen, daß nicht allzuviel Zersplitterung auf diesem Gebiete eintritt. Durch die Beteiligung aller Arbeiterschichten wird zweifellos die allgemeine Küche gehoben.

Die Betriebsküche läßt ferner gar keine Kontrolle zu, ob die von der Stadt belieferten Mengen auch an die Kreise kommen, für die sie bestimmt sind. Wer weiß nicht, wie schon in normalen Zeiten ein ganzes Heer von „Mitessern" an den Vorräten nagt, ehe sie der letzte Hofarbeiter zu sehen bekommt? Die Versuchung ist zu groß und die Gelegenheit zu günstig, als daß die Herren Bureaubeamten, Aufseher, Inspektoren usw. nicht in die Versuchung kommen könnten. Durch die Knappheit der Lebensmittel wird aber diese Gefahr verhundertfacht. Der Stadt ist aber jede Kontrolle aus den Händen gewunden. Je mehr Einzelküchen, um so größer die Unübersichtlichkeit, um so geringer die Nachprüfung, wohin die Waren kommen. In der Fabrikküche kann nur noch nach Treu und Glauben gearbeitet werden.

Dagegen schützt auch nicht die Abgabe der Lebensmittelkarte, denn das ist absolut kein Prüfstein für die richtige Verwendung. So wie man heute für seine Reisebrotmarke nur 30—35 Gramm Brot bekommt, statt wie aufgedruckt steht: 50 Gramm, so geht es allgemein in den Speisehäusern und natürlich auch in den Kantinen mit den Marken. Es werden da kolossale Mengen auf diese Weise „eingespart". In der Gemeindeküche fallen diese etwa ersparten Mengen der Gemeinde wieder zu, im Privatbetrieb sind sie verschwunden, sie fließen in die Kanäle, von denen wir schon oben gesprochen haben. Ein Schritt auf dem Wege zur Sparsamkeit ist das aber sicher nicht, liegt auch nicht im Interesse einer gewissenhaften Verteilung, das wird jeder unbefangen zugeben müssen.

Schließlich kommen auch noch Dinge wie Reinlichkeit und sparsame Verwendung der Vorräte in Betracht. Es ist sicher, je größer die Küche, um so besser werden die Vorräte ausgenützt. Natürlich hat es auch hier eine Grenze, aber Betriebe mit hundert und noch weniger Essern können nicht leistungsfähig sein. Wenn man schon meint, daß durch die Massenspeisung gespart wird, dann natürlich nur in großen Betrieben und mit guter maschineller Einrichtung, Dinge, die um so besser funktionieren, je weiter ihr Wirkungskreis ist, ganz zu schweigen von der Zersplitterung der Kräfte, des Materials und der andern Betriebsmittel.

Man kann also die Frage betrachten, von welcher Seite man will, man wird der Fabrikküche nur in Ausnahmefällen zustimmen können. Da eine ziemlich lange Zeit vergehen wird, ehe diese öffentlichen Küchen wieder überflüssig werden, wir erinnern nur an die Zunahme der Frauenarbeit, an die Erwerbsbeschränkten, an die Erschwerung der Eheschließungen, an die noch Jahre dauernde Teuerung, alles Dinge, die aus den Kriegsküchen noch lange Zeit Friedensküchen werden lassen, deshalb sollte man sich bei der Errichtung der Küchen noch immer die Frage vorlegen, ob der Fabrikküche nicht eine öffentliche Küche vorzuziehen ist.

Der Hauptwiderstand gegen die Kantine liegt aber nicht allein in den geschilderten erschwerenden Umständen, sondern in der Tatsache, daß die Arbeiter noch mehr an den Betrieb gefesselt sind, und das Abhängigkeitsverhältnis zum mindesten nicht erleichtert wird. Aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft, von Ausnahmefällen abgesehen, kein Interesse an der Fabrikküche, wo sie keinen Einfluß auf Preisbestimmung, auf die rechtmäßige Verwendung der Vorräte und den Speiseplan haben, der ihnen in der öffentlichen Küche durch die Stadtverordneten und die gesamte Oeffentlichkeit garantiert ist.

Ernährungsfragen.

Lebensmittelfragen.

Die „Voss. Ztg." hat einen Mitarbeiter nach Mittel- und Süddeutschland gesandt, der dort auskundschaften soll, wie es mit der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung bestellt ist, namentlich soweit „Auslandsware" in Betracht kommt. In Berlin werde der Handel mit ausländischen Nahrungsmitteln sehr scharf überwacht, und da sei es von Wert, zu wissen, ob in den übrigen Teilen des Reiches ebenso verfahren wird. Der Abgesandte ist einstweilen über Mitteldeutschland nicht herausgekommen. Aber er meldet seinen Auftraggebern, in ganz Mitteldeutschland finde man in jedem besseren Feinkostgeschäft die schönsten Schinken und Würste in Menge, die alle ohne Marken als „Auslandsware" verkauft würden. Daraus schließt er, daß Berlin von der Zentraleinkaufsgesellschaft gegenüber dem übrigen Reich sehr benachteiligt sei. Die Zentraleinkaufsgesellschaft dagegen betont, daß es sich bei all diesen Nahrungsmitteln nicht wohl um Auslandsware handeln könne. Vielmehr sei anzunehmen, daß sie auf Schleichwegen herangeschafft, fälschlich als Auslandsware bezeichnet und zu hohen Preisen abgesetzt würden. Sie nimmt an, daß sehr viel davon aus Süddeutschland stamme. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat sicherlich recht, wenn sie ihrer Meinung dahin Ausdruck gibt, daß in den meisten Fällen diese „Auslandsware" vom Inland stammt und nur als Auslandsware bezeichnet wird, damit die Preise um so ungenierter in die Höhe geschraubt werden können. Es spricht Bände für den ganzen Jammer unserer Nahrungsmittelversorgung, daß solchen Treibereien noch immer kein Ende bereitet werden konnte. Die gesetzlichen Handhaben dafür sind doch vorhanden, festzustellen, woher alle diese guten Sachen stammen, die ausschließlich den reichen Leuten zugute kommen. Auch die Beschlagnahme dieser Nahrungsmittel kann erfolgen. Weshalb nimmt man diese ewigen Rücksichten, die die gesamte Lage des Volkes so außerordentlich erschweren? Nach den geltenden Vorschriften darf Fleisch nur gegen Marken abgegeben werden. Wenn trotzdem nicht bloß auf Schleichwegen, sondern bei hellem Tageslicht diese Vorschriften nicht gehalten werden, beweist das doch nur, wie wenig ernst die Durchführung der Vorschriften genommen wird. Das Geschäft lohnt sich, und wenn nicht ganz energisch durchgegriffen wird, ist keine Besserung zu erwarten. Die Nachfrage, die von der „Voss. Ztg." veranstaltet wird, erweckt auch den Eindruck, als ob es sich bei ihr nicht darum handelte, der Volksernährung im ganzen einen Dienst zu leisten. Vielmehr scheint es sich darum zu drehen, den reichen Leuten in Berlin dieselben Bezugsmöglichkeiten zu eröffnen, die für sie an anderen Orten bestehen. Was aber verlangt werden muß, ist, daß endlich die vorhandenen Nahrungsmittel restlos dem ganzen Volke nutzbar gemacht werden. Die Bevölkerung nimmt die Entbehrungen williger auf sich, wenn sie sieht, daß die Unterschiede aufhören. Hier ist vor allem der Hebel anzusetzen, und nicht, wie es in der bürgerlichen Presse geschieht, durch Artikel, die angeblich von einem Arzte geschrieben sind, in denen gesagt wird, unsere Aerzte hätten siegreich den Kampf gegen alle Kriegsseuchen, gegen Pocken, Cholera usw., aufgenommen, eine neue Kriegsseuche wäre aber ausgebrochen, und zwar die Angst vor dem Verhungern. Der Herr kommt zu der Behauptung, daß sich die Menschen nur einbilden, sie hätten Hunger. (!) Er selbst hat wahrscheinlich noch keinen Hunger gelitten und auf Leute, die gut eingehamstert haben, mag seine Behauptung vielleicht auch zutreffen.

*

Wo das markenfreie Fleisch herkommt.

Ueber große Schweineschiebungen auf dem Berliner Magerviehhof berichten Berliner Blätter: Bei dem Kriegswucheramt liefen seit geraumer Zeit fortgesetzt Anzeigen ein, daß auf dem Magerviehhof Friedrichsfelde sich Vorgänge abspielten, die geeignet seien, unsere ganze Fleischversorgung zu gefährden. Es handelt sich darum, daß eine große Zahl von Händlern Ferkel und Läuferschweine, die zur Aufzucht und zur Mast bestimmt waren, unter der Hand und ohne Wahl auf dem Markt abbrachten und daß diese Tiere abgeschlachtet wurden. Das Kriegswucheramt hat festgestellt, daß z. B. von 3000 angelieferten Mastschweinen nicht weniger als 2700 sofort abgeschlachtet worden waren. Dabei handelt es sich um Tiere, die schon weit mehr als 120 und bis zu 150 Pfund wogen. Darauf hat das Kriegswucheramt sofort energisch eingegriffen. Beamte dieser Behörde erschienen am letzten Markttage auf dem Magerviehhofe Friedrichsfelde und beschlagnahmten alle Schweine, die mehr als 120 Pfund wogen und für die mehr als 110 Mk. für den Zentner Lebendgewicht verlangt worden waren. Dies waren nicht weniger als drei Fünftel aller vorhandenen Schweine. Für diese Tiere wurden Preise von 200 Mk. bis 250 Mk. für den Zentner verlangt und gezahlt, Preise, die Mäster gar nicht aufbringen können, da ihnen sonst das Fleisch etwa doppelt soviel kosten würde, als der Höchstpreis jetzt in Berlin beträgt. Alle diese Tiere wurden, wie gesagt, beschlagnahmt, und dann an den zuständigen Stellen zum Verkauf gebracht. Den Verkäufern wurden jedoch nur 110 Mk. für den Zentner gezahlt, obwohl sie nachweisen konnten, daß sie selbst Landwirten in Brandenburg, Oldenburg und anderen Provinzen zum Teil bis zu 140 Mk. für den Zentner Lebendgewicht gezahlt hatten. Für Schweine zu Aufzuchtszwecken besteht kein Höchstpreis. Wie das Kriegswucheramt weiter feststellte, waren mehr als die Hälfte der Käufer, die die Tiere zu Mastzwecken gekauft haben sollten, nicht zu ermitteln, da falsche Adressen angegeben worden sind. Daraus ist zu schließen, daß dieses Jungvieh unter der Hand zu hohen Preisen verkauft worden ist und das Fleisch markenfrei von den Käufern abgegeben werden sollte. Um derartige Vorkommnisse zu verhindern, hat das Kriegswucheramt eine Verordnung veranlaßt, wonach Viehhändler, die Mastvieh kaufen wollen, sich legitimieren und auch die Käufer einen Ausweis vorlegen müssen. Außerdem ist jetzt verboten worden, auf den Verladerampen der Berliner Bahnhöfe, auf denen das Vieh eintrifft, mit Vieh zu handeln. Es ist nämlich festgestellt worden, daß die Verkaufsgeschäfte schon auf den Verladerampen abgeschlossen worden sind, ehe noch das Vieh vom Bahnhof heruntergekommen war.

*

Woher kommt das Schmuggelfleisch?

In Elberfeld tagte eine Versammlung fortschrittlicher Gemeindevertreter aus Rheinland-Westfalen, die sich mit der Zukunft der Lebensmittelversorgung befaßte und ein weiteres energisches Eingreifen zugunsten der Schwerarbeiter im Industriebezirk forderte. Eine wesentliche Heraufsetzung der Fleischration, unter entsprechender Herabsetzung der Preise auf mindestens ein Pfund sei erforderlich. Der hohe Viehbestand an Schweinen und Rindern lasse eine solche Maßnahme durchaus durchführbar erscheinen. Ferner müsse eine Regelung der landwirtschaftlichen Produktion und die geordnete Zuführung der Produkte an die Bevölkerung erfolgen. Die Anschauung, daß man sich entschließen sollte, etwas mehr in die Schweinebestände einzugreifen, bekräftigte Reichstagsabg. Hoff in einer längeren Rede. Man würde nicht nur der Bevölkerung mehr Fleisch geben können, sondern würde auch die noch vorhandenen pflanzlichen Stoffe, Kartoffeln und Getreide, mehr schützen als durch alle polizeilichen Verordnungen. In dem Augenblick, wo man der Bevölkerung ein Pfund Fleisch zu angemessenem Preise gäbe, habe man das scheußliche Gespenst des Wuchers totgeschlagen, und man könne dann die Leute zählen, die noch 8—10 Mk. für Schinken

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

96. Fortsetzung.

„Er" — begann diese Stimme nochmals, verstummte aber plötzlich.

Kaum zwei Sekunden währte wieder die Unruhe draußen, und dann wurde jählings ein Mensch gewaltsam hereingestoßen, und hinter diesem trat ein anderer mit bleichem Gesicht geradenwegs in das Kabinett des Porphyrius Petrowitsch.

Das Aeußere dieses Menschen war auf den ersten Blick in Verwunderung setzend. Er schaute gerade vor sich hin, schien aber niemand zu sehen. In seinem Auge funkelte Entschlossenheit, aber zu gleicher Zeit deckte tödliche Blässe sein Gesicht, als ob er zur Hinrichtung geführt würde. Seine ganz blutleeren Lippen bebten leise.

Er war noch sehr jung und gehörte der Kleidung nach dem niederen Volk an; er war von Mittelgröße, schlicht, mit rund um den Kopf geschnittenem Haar und weichen, fast vertrockneten Gesichtszügen. Der von ihm gestoßene Mann trat zuerst hinter ihn in das Kabinett und hielt jenen an der Schulter fest; es war ein Gerichtsdiener; aber Mikolay hielt ihm die Hand, und riß sich nochmals von ihm los. In der Tür standen mehrere Neugierige, einige von diesen wollten ebenfalls in das Kabinett dringen. Die ganze Szene vollzog sich in einem Augenblick.

„Fort, es ist noch zu zeitig, warte, bis man dich ruft! Weshalb bringt Ihr ihn so früh?" grollte verdrießlich Porphyrius, wie es schien, ganz aus dem Zusammenhang gebracht. Aber Mikolay fiel auf die Knie nieder.

„Was willst du?" herrschte ihn Porphyrius an.

„Ich bin schuldig! Mein ist die Sünde! Ich bin der Mörder!" brachte Mikolay hervor, wie es schien, fast atemlos, aber mit noch ziemlich lauter Stimme

Zehn Sekunden herrschte Totenstille, es war, als seien alle versteinert; selbst der Gerichtsdiener erschrak und näherte sich Mikolay nicht, sondern retirierte mechanisch nach der Tür und blieb dort unbeweglich stehen.

„Was ist?" rief Porphyrius Petrowitsch, sich aus seiner augenblicklichen Verwirrung ermannend.

„Ich bin — der Mörder," — wiederholte Mikolay, wieder verstummend.

„Wie — du — was — wen hast du ermordet?"

Porphyrius geriet augenscheinlich außer Fassung. Mikolay schwieg noch einen Moment.

„Die Aljona Iwanowna und ihre Schwester Lisabeta Iwanowna, ich — habe sie getötet — mit der Axt. Eine Verblendung hatte mich befallen" — fügte er hinzu und schwieg dann. Er lag noch immer auf den Knien.

Porphyrius Petrowitsch stand einige Augenblicke in Gedanken versunken, plötzlich aber richtete er sich auf und winkte mit der Hand die ungebetenen Zuschauer hinaus. Diese verschwanden sofort und die Tür schloß sich. Hierauf blickte er nach dem in der Ecke stehenden Raskolnikow, welcher wild auf Mikolay starrte; er trat zu demselben hin, blieb aber plötzlich stehen, schaute ihn an und wandte dann den Blick nach Mikolay, hierauf wieder nach Raskolnikow und umgekehrt — endlich trat er, wie gezogen, zu Mikolay hin.

„Du machst mir mit deiner Verblendung alles zunichte," schrie er demselben fast zornig an. „Ich habe dich noch gar nicht gefragt, ob du dich in einer Verblendung befindest oder nicht — sprich; hast du sie getötet?"

„Ich bin der Mörder — ich bereue" — stammelte Mikolay.

„Haah! Womit hast du gemordet?"

„Mit der Axt. Ich hatte nichts zu essen!"

„Haha! Warst du allein?"

Mikolay verstand diese Frage nicht.

„Hast du jene allein ermordet?"

„Ja. Mitka ist ganz unschuldig und nicht dabei beteiligt."

„Komm' mir nicht mit Mitka! Aber wie bist du denn damals zu der Treppe heruntergekommen? Sind Euch nicht die beiden Hausmänner begegnet?"

„Das war nur eine Ausrede von mir — damals — ich lief mit Mitka, als eilte ich ihm nach; ich hatte aber vorher schon alles vorbereitet," antwortete Mikolay.

„So wäre es!" rief Porphyrius mit bösem Ausdruck, „er glaubt seinen eigenen Worten nicht!" murmelte er wie für sich, worauf er wieder Raskolnikow ansah.

Er war offenbar jetzt so sehr mit Mikolay beschäftigt, daß er für einen Augenblick auch diesen vergessen hatte. Jetzt fiel er ihm wieder ein und er machte ein finsteres Gesicht.

„Rodion Romanowitsch, mein Lieber, entschuldigt nur," wandte er sich an ihn, „ich kann nicht anders — bitte schön — ich benötige Eurer nicht mehr — ich werde schon selbst — Ihr seht, was es für Ueberraschungen gibt. Bitte schön!" Mit diesen Worten ergriff er Raskolnikow beim Arm und wies ihm die Tür.

„Das hattet Ihr wohl nicht erwartet?" bezann Raskolnikow endlich, welcher noch gar nicht klar sah, aber frischen Mut geschöpft hatte.

Ihr doch wohl ebenfalls nicht, mein Lieber. Ha, wie Eure Hand zittert! Haha!"

„Ihr zittert ja auch, Porphyrius Petrowitsch."

„Ja, ich zittere, denn dieses hatte ich nicht erwartet."

Sie standen beide an der Tür. Porphyrius wartete ungeduldig, daß Raskolnikow gehen sollte.

„Aber Ihr habt mir ja die kleine Ueberraschung noch gar nicht gezeigt?" fuhr Raskolnikow fort.

„Da schwatzt er nun, und doch klappern ihm noch die Zähne im Munde aneinander, hähä! Ein ironischer Mensch! Nun denn, auf Wiedersehen!"

„Nach meiner Meinung lieber: Lebt wohl!"

„Wie Gott will, wie Gott will!" murmelte Porphyrius mit krausem Lächeln.

Als Raskolnikow die Kanzlei durchschritt, bemerkte er, daß ihn viele neugierig musterten. In dem Vorzimmer unter dem Gedränge hatte er auch die beiden Hausmänner aus jenem Haus gewahrt, welche er in jener Nacht aufgefordert hatte, mit ihm zum Polizeibureau zu gehen. Sie standen hier und warteten, kaum aber war er zur Treppe hinausgetreten, als er plötzlich die Stimme des Porphyrius Petrowitsch hinter sich vernahm. Als er sich umwandte, sah er diesen ganz außer Atem auf sich zukommen.

„Auf ein Wort noch, Rodion Romanowitsch; in bezug auf alles wie Gott will, aber der Form halber müssen wir doch noch einiges fragen — wir werden uns also wiedersehen!"

Porphyrius stand lächelnd vor ihm.

„Also wiedersehen," wiederholte er noch einmal. Man hätte meinen können, daß er versucht war, noch etwas zu sagen; aber er brachte nichts mehr heraus.

„Entschuldigt mich, Porphyrius Petrowitsch, bezüglich unserer Unterhaltung — ich war etwas in die Hitze geraten," versetzte Raskolnikow, jetzt völlig, ja bis zu dem unbesiegbaren Wunsche, die Sache bis auf die Spitze zu treiben, ermutigt.

„Tut nichts, tut nichts," erwiderte Porphyrius fast erfreut, „mir ging es ebenso; ich habe einen gar so gehässigen Charakter und bereue es jetzt recht sehr, ich bereue es! Aber wir werden uns ja noch wiedersehen. Wenn Gott will, gewißlich, ganz sicherlich!"

„Und werden einander kennen lernen?" fügte Raskolnikow hinzu.

„Einander kennen lernen," bekräftigte Porphyrius Petrowitsch, mit den Augen blinzelnd sehr ernst auf ihn blickend. „Etwa jetzt bei dem Namenstage?"

„Begräbnis!"

„Ach ja, Begräbnis! Schont nur Eure Gesundheit, schont Euch!"

„Ich wüßte nicht, was Ihr mir von Eurer Seite zu raten hättet," antwortete Raskolnikow, schon im Begriff zur Treppe hinabzusteigen; plötzlich wandte er sich aber wieder nach Porphyrius zurück, „ich wünsche Euch aber recht viel Erfolge, Ihr seht wohl selbst, wie komisch Euer Beruf ist!"

und Speck geben würden. Im vorigen Jahre seien 18 Millionen Schweineschlachtungen vorgenommen worden, darunter für Heer und Marine höchstens 6 Millionen Stück. Wo seien die anderen 12 Millionen geblieben? Das seien die Hausschlachtungen und unerlaubten Schlachtungen, das „Schmuggelfleisch" zu den Wucherpreisen. Hoff meinte am Schluß seiner Rede, am Ende des Krieges werde eine Hungersnot in Europa herrschen, wobei wir allerdings noch am besten unter den Staaten Europas dastehen würden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preußischen Landtag.

Am Sonnabend wurde im preußischen Abgeordnetenhaus der Medizinaletat beraten. Man erkannte aus den Reden der Rechten und des Zentrums, daß die Erfahrungen der Kriegszeit auch diese Parteien endlich zu der Einsicht gebracht haben, daß für Mutter- und Säuglingsschutz unbedingt weit mehr geschehen muß als bisher. Von den Rednern der Linken wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, welche große Rolle die Sozialpolitik für die Erhaltung und Entwicklung des Volkes spiele. In überaus eingehender Rede entwickelte Gen. Haenisch das gewaltige Programm, dessen Erfüllung im Interesse der Aufwärtsentwicklung des deutschen Volkes unbedingt gefordert werden muß. So verlangte er, daß auch im Kriege die Frauen von gesundheitsschädlicher Arbeit ferngehalten werden, daß der Staat nicht nur Mutter- und Säuglingsschutz und die Fürsorge für die unehelichen Kinder fördere, sondern alle Bestrebungen, welche die Lebensreform zum Gegenstande haben. Der Aufklärungsarbeit, die diese Bestrebungen seit langen Jahren geleistet haben, der Zunahme der Erkenntnis von der Bedeutung einer natürlichen Lebensweise sei es mitzuverdanken, daß wir den großen Volkskrankheiten im Kriege nicht mehr gegenüberstehen worden sind, als es bisher der Fall war. Dem Alkoholismus und dem Mißbrauch des Tabaks im Heere solle entgegengetreten werden. Die geplante Milchverteuerung müsse aber geradezu als ein Kindermord erscheinen. — Der Minister des Innern gab Auskunft über die Verbreitung der Volksseuchen und wenn auch manche von ihnen im letzten Jahre zurückgegangen sind, so ist leider eine erhebliche Zunahme der Tuberkulose und auch das Wiederauftreten der Pocken festzustellen, die von polnischen Rückwanderern eingeschleppt sind. Der Minister erklärte, daß nicht nur diese Volkskrankheiten auf das nachdrücklichste bekämpft werden, sondern daß auch für die Verwirklichung der Forderungen des Mutter- und Säuglingsschutzes und der Fürsorge für die unehelichen Kinder, sowie für gesunde Volkswohnungen und dergl. mehr alles geschehen solle.

In vorgerückter Abendstunde gab Ministerialdirektor Dr. Kirchner Auskunft über die Pockenerkrankungen in Norddeutschland, deren man bald Herr zu werden hofft. Er richtete dann an das Land sehr ernste und beachtenswerte Worte über den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Eine Rede Adolf Hoffmanns über die Ernährungsschwierigkeiten beschloß die Debatte. Der Etat wurde genehmigt, einige weitergehende fortschrittliche Anträge abgelehnt.

Der preußische Landwirtschaftsminister bleibt.

Verschiedene Blätter bringen die Nachricht, daß Landwirtschaftsminister v. Schorlemer sein Portefeuille zur Verfügung gestellt habe. In dieser Nachricht wird mitgeteilt, daß die für den Landwirtschaftsminister nach der Berufung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung sich aufdrängende Frage des Verbleibens im Amte durch Entschließung des Kaisers im bejahenden Sinne entschieden wurde.

Zur Regelung der Fischversorgung.

Der Reichskommissar für Fischversorgung gibt im „Reichsanzeiger" bekannt, daß die Zubereitungen von Fischen (Fischkonserven aller Art, Räucherwaren, Marinaden) nur mit seiner Genehmigung oder mit Genehmigung einer der zwölf im Reiche geschaffenen zuständigen Stellen hergestellt und abgesetzt werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Ein Optimist.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete und Präsident des Hansabundes, Geheimrat Dr. Rießer, hat in Geestemünde einen Vortrag gehalten über die Finanzlage des Reiches. Dabei hat er sich auch über die künftige Verzinsung der Kriegsanleihen und über die Schuldendeckung ausgesprochen. Er hat keineswegs die Befürchtungen, die von anderen seiner Parteigenossen ausgesprochen worden sind. So sagte er u. a.:

„Ich fürchte nicht den Boykott, den die Feinde unseren Waren und unseren Unternehmungen angedeihen lassen wollen. Die Macht der wirtschaftlichen Gesetze ist viel zu groß, als daß ein solcher Boykott möglich sein werde. Der Mensch wird auch in Zukunft da seine Ware entnehmen, wo er sie am besten und billigsten kauft. Diese Köchinnenweisheit hat sich stets als die mächtigste erwiesen. Ich teile auch nicht die Sorge um die Zukunft wegen Verzinsung der Anleihen, die schon jetzt 17 Milliarden betragen. Pessimisten sagen zwar, daß wir die sechs bis sieben Milliarden Zinsen nicht werden aufbringen können. Solche Pessimisten hielten es früher auch für unmöglich, daß Deutschland einmal eine Anleihe von fünf Milliarden aufbringe. Wir tun gut, auch heute Vertrauen haben zu dürfen. Wenn Industrie und Landwirtschaft so glänzend durchgekommen sind durch diese trübe Zeit, so wird es ihnen ein leichtes sein im Frieden, wenn sich ihnen die Weltstraßen wieder geöffnet haben, ihren Weg zu finden und die Lasten zu tragen und man soll sich hüten, zu sagen, wir würden ein Drittel des Vermögens konfiszieren müssen. Man soll nicht fragen, ob wir eine Kriegsentschädigung erhalten — ich denke, wir kriegen eine. Man soll heute nichts anderes tun, als das starke Vertrauen, welches wir haben, noch zu verstärken."

Also von einer Vermögensabgabe will Geheimrat Dr. Rießer nichts wissen! Wem wird er wohl die Lasten aufbürden wollen? Wir vermuten, er hat hierbei die große Masse des Volkes besonders im Auge.

Reichsdarlehn für die Schiffahrt.

Dem Bundesrat soll eine Regierungsvorlage über eine Unterstützung der deutschen Schiffahrtsgesellschaften in ihrer durch den Krieg erheblich verschlechterten Lage zugegangen sein. Es handle sich um die Gewährung von Darlehn in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark. Ein Teil der Darlehen soll zinsfrei gewährt werden, ein anderer Teil jedoch mit Zinsen belastet sein, die in Schiffahrtskreisen als ziemlich hoch betrachtet werden. In diesen Kreisen scheint man nun Stimmung dafür machen zu wollen, daß bei der Darlehnsgewährung die Schiffahrt möglichst günstig abschneidet. Sie soll nämlich verpflichtet werden, mit dem Bau einer erheblichen Anzahl neuer Schiffe sofort zu beginnen. Nach einer Notiz im Handelsteil des „Berl. Tagebl." ist man in Schiffahrtskreisen der Ansicht, „daß Schiffsbauten, die zu den jetzigen sehr hohen Preisen in Auftrag gegeben werden müssen, in normalen Zeiten wegen ihrer zu erheblichen Anschaffungskosten nicht rentabel arbeiten können, selbst wenn die Baugelder zunächst zinsfrei vorgelegt würden." — Das klingt ja, als ob das Reich der Schiffahrt die Gelder schenken solle!

Ein schwieriger Transport über die Donau.

Reitende, Bagagewagen und Schlachtvieh werden durch Ostarbeiter-Pioniere mittelst Fähre bei Braila über die Donau gesetzt.

Von den Schwierigkeiten, welche die Donau dem militärischen Transportwesen bietet, gibt unser heutiges Bild einen deutlichen Beleg. Wie eine gewaltige Mauer sperrt östlich von Braila die Donau die Dobrudscha von dem eigentlichen Rumänien ab und gewaltige Transporte, die auf dem rechten Donauufer der Beförderung harren, sind lediglich auf den Weg des Wassertransportes angewiesen. Unser Bild zeigt, in welcher Weise der Wasserbetrieb gehandhabt wird und wie Wagen, Pferde, Vieh und Lasten aller Art sich dem Wasserwege anvertrauen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Es wird dem Beschauer klar sein, ein wie gewaltiges Hindernis der Fluß für die rasche Entwickelung der Operationen bietet.

Soziales.

Die stetig zunehmende Kriegsarbeit von Frauen steigert für sie die Lebensgefahr und für ihre Familien die Aussicht auf den Verlust der Ernährerin in hohem Grade. Das Unternehmertum übernimmt außer der kümmerlichen Lohnzahlung für die Arbeit der Lebenden keinerlei Verpflichtung für die Familie der im Betriebe tödlich Verunglückenden. Es sollte daher jede Frau, die unter den heutigen Verhältnissen in einen Betrieb eintritt, nicht versäumen, für sich ihr Leben bei der Volksfürsorge zu versichern, um ihre Lieben beim Eintritt eines Unglücks vor der größten Not im ersten Augenblick zu sichern. So handelte die 26jährige G. W., die bei der Leipziger Straßenbahn als Führerin eintrat. Sie versicherte am 15. März 1916 nach Tarif II bei einer Halbmonatsprämie von 1 Mk. eine spätestens nach 15 Jahren fällige Versicherungssumme von 290 Mk. Schon am 24. Januar 1917 verunglückte sie beim Rangieren; angeblich ist sie beim Aufspringen vom Trittbrett gerutscht und von dem in Bewegung befindlichen Wagen gegen einen Pfeiler gepreßt worden. Infolge Lungenquetschung und Gehirnerschütterung trat sofort der Tod ein. Da die Volksfürsorge bei Unfällen schon vor Ablauf der ersten Versicherungsjahres die volle Versicherungssumme auszahlt, erhielten die Angehörigen der so jäh aus dem Leben gerissenen Arbeiterin alsbald 287 Mk. ausgezahlt. An Prämien waren 21 Mk. eingezahlt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Gemeine Gesinnung. Der Landwirt Callies in Mahlow hatte im September vorigen Jahres für einen Zentner Pflaumen 25 Mark verlangt und auf den Vorhalt, daß der Höchstpreis nur 10 Mark betrage, erwidert: „Ich kann für 10 Mark keine Pflaumen geben, das ist kein Preis, bei dem ein Landwirt bestehen kann." Der Käufer war darüber so empört, daß er antwortete: „Ja, wenn sich die Herren so verhalten, dann kann man es dem Staate nicht übelnehmen, wenn er die Landesproduktion mit Beschlag belegen läßt." Prompt erwiderte Callies: „Ehe ich mein Obst beschlagnahmen lasse, würde ich lieber die Bäume umhauen oder die Pflaumen verfaulen lassen!" Das Schöffengericht hatte in dieser und einer anderen ähnlichen Aeußerung der Tochter des Angeklagten die Bekundung einer besonders niedrigen Gesinnung erblickt und den Vater zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht stellte sich auf den Standpunkt des Schöffengerichts und verwarf die Berufung.

Zu 10 000 Mk. Geldstrafe verurteilte das Schöffengericht in Posen den Petroleum-Großhändler R. Rosinski wegen fortgesetzter Höchstpreisüberschreitung.

Ein Arzt zu Gefängnis verurteilt. Vor dem Schöffengericht in München hatte sich der praktische Arzt Dr. Götzel wegen Vergehens gegen das Süßstoffgesetz zu verantworten. Dr. Götzel hatte dem Mitangeklagten Bergmann Maier mehrere Hundert von Rezepten auf Süßstoff für angebliche Patienten ausgestellt. Für diese Rezepte ließ er sich von Maier gute Honorare zahlen. Der Süßstoff war nicht für Patienten berechnet, vielmehr beschaffte sich Maier auf diese Weise etwa 15 Kilogramm Saccharin und verkaufte es zu hohen Preisen an Privatleute. Vor Gericht entschuldigte sich der Arzt damit, daß er den Leuten Saccharin habe zukommen lassen wollen. Das Schöffengericht verurteilte Dr. Götzel zu einem Monat Gefängnis und 1600 Mk. Geldstrafe, den Bergmann Maier zu 1500 Mk. Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Verschwörung in Finnland. Die „Handels- og Sjöfarts-Tidning" meldet aus Haparanda: In Finnland ist eine große politische Verschwörung entdeckt worden. Es sind bereits über 100 Personen in die Angelegenheit verwickelt.

Die Explosion in Archangelsk. Ein in Bergen aus Petersburg eingetroffener Reisender berichtet, er habe sich in Archangelsk während der letzten großen Explosion aufgehalten. Das Unglück habe einen weit größeren Umfang gehabt, als den Telegrammen darüber habe entnommen werden können; sie habe sich im Kriegshafen ereignet, während Munition aus einem Dampfer ausgeschifft wurde; von dem Dampfer sei nicht ein Holzsplitter übrig geblieben. Die Explosion sei von so furchtbarer Gewalt gewesen, daß alle Lebewesen im Umkreise von einem Kilometer getötet oder verletzt worden seien. 1500 Menschen seien umgekommen, 3000 verletzt. Der angerichtete Schaden belaufe sich auf über 50 Millionen Rubel.

Kommunales.

Organisierung des kommunalen Fürsorgewesens. Der preußische Minister des Innern veröffentlicht zur Beachtung auch in anderen Teilen des Staates eine bemerkenswerte Verfügung des Regierungspräsidenten in Potsdam über die Errichtung besonderer Wohlfahrts- oder Fürsorgeämter in den Gemeinden und Landkreisen. Die Verfügung empfiehlt eine einheitliche Organisation, wie Zusammenschluß der verschiedenen Zweige der Fürsorgetätigkeit, wie sie in einzelnen Kreisen und Gemeinden bereits mit Erfolg in Angriff genommen worden ist. „Wo besondere Gesundheits- oder Wohlfahrtsdeputationen nicht bestehen, ist die Errichtung eines Wohlfahrts- oder Fürsorgeamts erforderlich, das die gesamten Fürsorgemaßnahmen unter Leitung des Landrats oder Oberbürgermeisters, denen der Kreisarzt als Vertreter und Berater zur Seite steht, durchzuführen berufen ist. Bei dem Umfang der Fürsorgetätigkeit, die außer der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge für Alkoholkranke, für Geschlechtskranke und für Kriegsbeschädigte zu umfassen hat unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Wohnungshygiene und der Medizinalstatistik, wird ein solches Kreiswohlfahrts- oder Kreisfürsorgeamt sich naturgemäß in eine Anzahl besonderer Abteilungen oder Ausschüsse gliedern, deren Vorsteher der im einzelnen in Frage kommenden Bedürfnisse berufend zur Seite stehen müssen. Außer den Aerzten kommen hier in Betracht: Vertreter der Versicherungsanstalten und Krankenkassen, der Arbeiterwohlfahrt und des Waisenrates, der freiwilligen Gemeindepflege, des Roten Kreuzes, des Vaterländischen Frauenvereins und sonstiger Wohlfahrtsvereine, der Lehrerschaft und der Jugendlichenrichterinnen usw. Je nach der Größe des Kreises werden sich an das Kreisfürsorgeamt in den größeren Ortsteilen des Kreises, namentlich in solchen mit großerer Arbeiterbevölkerung, besondere örtliche Fürsorgestellen angegliedern haben. Wo aber zurzeit die Schaffung eines solchen einheitlichen Fürsorgeamts trotz aller Bemühungen sich nicht ermöglichen läßt, muß zum mindesten dafür gesorgt werden, daß in allen kleinen und größeren Gemeinden Säuglingsfürsorgestellen in Verbindung mit Mutterberatungsstellen, soweit dies noch nicht der Fall, ins Leben gerufen und daß für die ländlichen Teile Säuglingsfürsorgerinnen, möglichst den betreffenden Kreisen entstammend, ausgebildet werden. Von besonderer Bedeutung kann dabei die Mitwirkung von Gemeindeschwestern und Hebammen werden. Angesichts des erheblichen Rückganges der Geburten muß eine geordnete Säuglingsfürsorge in allen Kreisen in Verbindung mit einer entsprechenden Ausbildung der reiferen Jugend und der Mütter zurzeit als die dringendste Aufgabe in Staat und Gemeinde erachtet werden."

„Weshalb fortlich?" rief Porphyrius Petrowitsch gespannt, sich zum Weggehen wendend.

„Nun gewiß: den armseligen Mikolay da habt Ihr wohl so lange gequält und gefoltert, auf psychologischem Wege natürlich, auf Eure Manier, so lange er nicht gestehen wollte: Tag und Nacht werdet Ihr ihm wohl beruhigt haben, daß er der Mörder sei, nur er: nein, und jetzt, da er endlich gesteht, da fangt Ihr an, ihn wieder zu trösten und sagt: Du lügst, du bist gar nicht der Mörder; du kannst es nicht sein, du sprichst Worte, von denen dein Verstand nichts weiß!" Nun, und da soll das nicht ein wichtiger Beweis sein?"

„Pfuiteufel! Ihr habt also gemeint, daß ich jetzt zu Mikolay laufe, er wüßte nicht, was er treibt?"

„Wo sollte ich nicht?"

„Hahaha! Scharfsinnig, Ihr Scharfsinnige! Ihr bemerkt alles! Ihr außerordentlich leichter Verstand! Und selbst die humoristische Seite bemerkt Ihr — hihihi! Die ist ja auch bei Gogol unter den Schriftstellern, wie man sagt, im höchsten Grade entwickelt!"

„Allerdings auch bei Gogol!"

„Ja, bei Gogol — nun, auf angenehmes Wiedersehen."

„Auf angenehmes Wiedersehen."

Raskolnikow lief geradenwegs nach Hause. Er fühlte sich so erschöpft und zerschlagen, daß er, kaum zu Hause angekommen, sich auf das Sofa warf und eine Viertelstunde lang fast ununterbrochen, keine Gedanken vorsätzlich zum Teil zu kommen. Über Mikolay vermochte er sich kein Urteil zu bilden: er empfand, daß er bedrängt worden war; daß in dem Geständnis Mikolays etwas Unerklärbares, Wunderliches lage, was er jetzt nicht zu begreifen vermochte. Aber dieses Geständnis war eine gerichtliche Tatsache, und die Folgen desselben standen klar vor seinen Augen: die Unwahrheit desselben mußte an den Tag kommen und dann würde man sich wiederum mit ihm beschäftigen. Aber bis dahin blieb er noch wenigstens ein freier Mann, und hätte etwas für sich tun, damit die Gefahr verringern würde.

Aber in welcher Weise? Die Lage begann sich abzuklären. Wenn er der ganzen widrigen lächerlichen Sache mit Porphyrius gedachte, konnte er nicht umhin, vor Schmerzen zu stöhnen. Gewiß, er hatte noch nicht alle Ursachen des Porphyrius, vermochte mit jedem Gedankengang desselben mitzugehen, aber ein Teil des Spiels war aufgedeckt und nicht einmal als er versuchte, sich zu begründen, wie furchtbar für ihn der Sieg des Spielers von Porphyrius war. Nur noch ein Zug, und er mußte sich selbst verraten, sinnlos und unbesonnen. Die Kraftlosigkeit seines Wesens lähmend, und ihn hier mit seinem Mut, seinem und unbesonnen, wenigstens Porphyrius, wenn auch allzu empfindlich, so daß sich nicht. Es gab kein Zweifel, daß Raskolnikow sich sofort sagte, sich hätte zu beunruhigen, aber noch konnte nicht über Tatsachen verfügt werden: es lagen die ersten Zeichen vor. Zum er sich nicht? Zu welchem Zweck war Porphyrius heute gekommen? Hatte er Recht in der Tat etwas wissen? Wenn wirklich, was dann? Seine er in der Tat mit irgend etwas gerechnet oder nicht? Wie würden sie heute noch auseinander gegangen sein, wenn nicht jene unerhörte Geschichte mit Mikolay dazwischengetreten?

(Fortsetzung folgt.)

Gelesene Nummern des „Volksboten"

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.